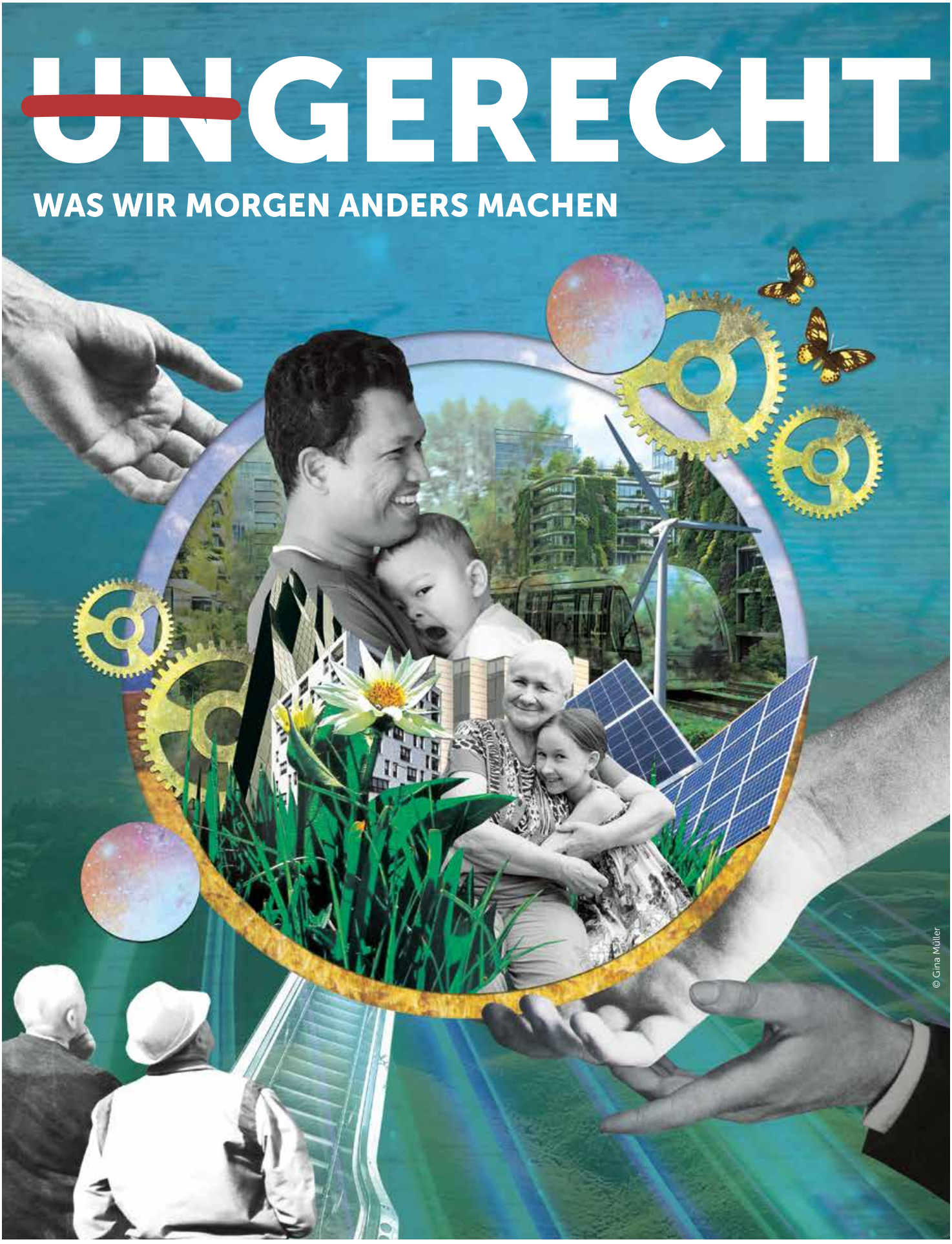
volkshilfe.
Magazin für Menschen.
Sonderausgabe 2026

~~UN~~GERECHT

WAS WIR MORGEN ANDERS MACHEN



© Gina Müller

HYPO NOE

EINE LANDESBANK FÜR GANZ ÖSTERREICH.

Die besser leben Bank.

Als nachhaltige Regionalbank setzen wir bei der HYPO NOE vieles um, was das Leben in Österreich besser macht: mit maßgeschneiderten, nachhaltigen Wohnkrediten, flexiblen Kontomodellen und persönlicher Beratung auf Augenhöhe. Mehr dazu auf **hyponoe.at**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten. Stand 09/2026. **Werbung.**



Bezahlte Anzeige



Bezahlte Anzeige

DR. HERMANN BARTH
ÖFFENTLICHER NOTAR

Bei Rechtsfragen, die das Leben stellt, zählen Erfahrung & Kompetenz.
Heute für ein besseres Morgen:
Der Notar an Ihrer Seite!

Untere Donaulände 21-25
A-4020 Linz
T: +43 (0)732 99 50 55
F: +43 (0)732 73 60 13

M: office@notariat-barth.at
W: www.notariat-barth.at
Gratis Parken im Haus!

Bezahlte Anzeige

Zukunft kommt nicht einfach. Sie wird gemacht.



Liebe Leser*innen,

wie werden wir eines Tages auf unsere Gegenwart zurückblicken? Auf das Jahr 2026, auf diese Zeit voller Krisen, Unsicherheit und gesellschaftlicher Spannungen? Werden wir sagen, dass wir den Entwicklungen machtlos gegenüberstanden? Oder werden wir uns daran erinnern, dass genau in dieser Zeit etwas begonnen hat, sich zu verändern?

In unserer Coverstory wagen wir ein Gedankenexperiment und blicken aus dem Jahr 2040 auf unsere Gegenwart zurück. Nicht, weil wir glauben, die Zukunft vorhersagen zu können. Sondern weil wir davon überzeugt sind, dass wir wieder stärker darüber sprechen müssen, für **welche Zukunft wir uns entscheiden wollen**.

Denn vieles, was uns heute als unvermeidbar erscheint, ist das Ergebnis politischer und gesellschaftlicher Entscheidungen. Armut ist kein Naturgesetz. Auch die Art, wie wir Pflege organisieren, wie wir Bildung finanzieren, wie wir Wohnen ermöglichen oder wie Vermögen und Chancen verteilt sind, kann von uns mitgestaltet werden.

Als Volkshilfe begegnen wir jeden Tag Menschen, die unmittelbar spüren, was diese Entscheidungen bedeuten. Familien, die trotz Arbeit kaum über die Runden kommen. Kindern, deren Möglichkeiten davon abhängen, in welche Familie sie hineingeboren wurden. Menschen, die Angehörige pflegen und dabei selbst an ihre Grenzen geraten. Menschen, die Unterstützung brauchen, und Menschen, die füreinander einstehen.

Unsere Aufgabe ist es, dort konkret zu helfen. Aber Hilfe allein genügt nicht. Wer Armut lindert, darf nicht darüber schweigen, warum sie in einer der reichsten Gesellschaften der Geschichte überhaupt noch existiert.

Gerade in Zeiten, in denen Angst, Ausgrenzung und einfache Antworten wieder lauter werden, braucht es eine klare Gegenbewegung: Solidarität, soziale Sicherheit und den Mut, gesellschaftliche Verhältnisse nicht einfach hinzunehmen.

Was uns Zuversicht gibt, sind die vielen Menschen, die Verantwortung füreinander übernehmen, sich zusammenschließen und an Veränderung glauben. Das erleben wir auch in unserer täglichen Arbeit.

Wir wissen nicht, wie das Jahr 2040 aussehen wird. Aber wir wissen, dass wir heute mitentscheiden, welche Gesellschaft wir kommenden Generationen hinterlassen.

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft dieser Ausgabe:
Wir dürfen darauf vertrauen, dass es einen Unterschied macht, was wir tun. Denn Zukunft kommt nicht einfach. Sie wird gemacht.

Herzliche Grüße,
Ewald Sacher und
Erich Fenninger

DEM GLÜCK EINE CHANCE GEBEN
österreichische LOTTERIEN | DER PARTNER DER SENIORENHILFE
Bezahlte Anzeige

Inhalt

Editorial 03
Zukunft kommt nicht einfach. Sie wird gemacht

Brief aus dem Jahr 2040 05
Erich Fenninger blickt zurück

Zukunft ist eine Klassenfrage 16
Barbara Blaha über Ungleichheit und Unsicherheit

Wer wenig hat, wird weniger gehört?! 20
Wie Armut die Demokratie gefährdet

Lernen darf nicht am Geld scheitern 29
Chancen für armutsbetroffene Kinder

Keine Toastbrotzeiten mehr 30
Warum Kindergrundsicherung wirkt

Gesundheit darf kein Luxus sein 37
Hilfe für armutsbetroffene Kinder

Wohnen ist ein Menschenrecht 38
Hilfe gegen Wohnungslosigkeit

Journalismus braucht Demokratie 44
Daniela Kraus über Medienvertrauen

Jahresbericht 2025 49
Unsere Arbeit im Überblick

Impressum

Herausgeberin und Medieninhaberin:
Volkshilfe Österreich
1010 Wien
Auerspergstraße 4
Tel.: 01/ 402 62 09
Fax: 01/ 408 58 01
E-Mail: office@volkshilfe.at
www.volkshilfe.at
Chefredaktion: Lisa Peres

Medieninhaber, Layout und Produktion:
Die Medienmacher GmbH
Oberberg 128
8151 Hitzendorf
Zweigstelle: Himmelreich Str. 13
4844 Regau
office@diemedienmacher.co.at
www.diemedienmacher.co.at

Druckerei: Triangl.print

Bildnachweis:
Volkshilfe Österreich oder wie angegeben
Cover & Illustrationen (S. 7, 8, 11, 14): Gina Müller

Neubestellung? Umgezogen? Abbestellung?
Bei Fragen oder Wünschen wenden Sie sich bitte an die Volkshilfe Bundesgeschäftsstelle: Auerspergstraße 4
1010 Wien
Tel.: 01/ 402 62 09 oder
E-Mail: office@volkshilfe.at

facebook.com/volkshilfe
twitter.com/volkshilfe
youtube.com/volkshilfeosterreich
instagram.com/volkshilfeosterreich

2040

Ein Brief aus einer möglichen Zukunft

18:35

21 °C

01.
Okt.
2040

Termin

Termin



Neue Nachricht von Erich Fenninger

Ein Brief an euch. Wir schreiben das Jahr 2040. Ich schreibe euch aus dem Nachtzug zwischen Wien und Istanbul.

weiterlesen



Erich Fenninger
zuletzt online heute um 18:35

Ein Brief an euch

Wir schreiben das Jahr 2040.

Ich schreibe euch aus dem Nachtzug zwischen Wien und Istanbul. Die Sonne geht gerade auf, die Landschaft zieht am Fenster vorbei. Ich denke an das Jahr 2026. An eure Gegenwart. Vierzehn Jahre sind historisch betrachtet keine lange Zeit. Und doch ist in diesen Jahren vieles in Bewegung geraten, das damals unverrückbar schien. Wir haben nicht alle Probleme gelöst, nicht alle Widersprüche überwunden. Aber wir haben die Richtung verändert. Vielleicht ist das, wenn ich heute zurückblicke, das Wichtigste: Wir haben wieder gelernt, dass Zukunft nicht einfach geschieht. Dass wir sie verändern können.

§Wir haben wieder gelernt, dass Zukunft nicht einfach geschieht. Dass wir sie verändern können.§

Das war 2026 alles andere als selbstverständlich. Ich erinnere mich an eine Gesellschaft, die von Krise zu Krise taumelte und zunehmend das Vertrauen verlor, die Dinge noch selbst in der Hand zu haben. Der Krieg in der Ukraine dauerte an, der Krieg gegen den Iran erschütterte die Weltwirtschaft und trieb die Energiepreise nach oben. Eine internationale Ordnung, die Sicherheit garantieren sollte, wirkte immer brüchiger.

Gleichzeitig lag Europa unter einer außergewöhnlichen Hitzewelle. Wälder brannten, Grundwasserspiegel sanken, Ernten fielen aus. Ein Temperaturrekord jagte den nächsten. Wir diskutierten nicht mehr darüber, ob die Klimakrise irgendwann unseren Alltag erreichen würde. Wir lebten längst in ihr.

Und während sich die Krisen überlagerten, wurde das Leben für viele schwieriger. Lebensmittel, Energie und Wohnen wurden teurer, während enorme Vermögen weiter wuchsen. Eltern mussten ihren Kindern erklären, warum der Schulausflug nicht möglich war. Menschen arbeiteten und wussten trotzdem nicht, wie sie bis zum Monatsende kommen sollten.

Auch in der Pflege zeigte sich der Widerspruch. Unsere Gesellschaft wurde älter, während Pflegekräfte längst bis an ihre Belastungsgrenze arbeiteten und Angehörige aufzufangen versuchten, was ein überlastetes System nicht mehr leisten konnte. Wir lebten in einer der reichsten und produktivsten Gesellschaften der Geschichte. Und trotzdem wurde uns erklärt, dass wir uns gute Pflege, soziale Sicherheit, leistbares Wohnen oder wirksamen Klimaschutz nicht leisten könnten.

Damit begann auch ein Versprechen zu zerbrechen, von dem Europa über Jahrzehnte gelebt hatte: dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen würde. Viele junge Menschen fragten sich nicht mehr, wann sie sich eine eigene Wohnung leisten könnten, sondern ob überhaupt.
Aus der Hoffnung auf sozialen Aufstieg wurde die Angst vor dem Abstieg.



Ich habe damals oft an ein Bild gedacht. Wir glaubten lange, gemeinsam mit einem Aufzug nach oben zu fahren. Tatsächlich standen wir längst auf verschiedenen Rolltreppen. Während einige immer schneller nach oben fuhren, bewegten sich andere langsam nach unten.

Und immer mehr Menschen begannen zu verstehen, dass diese Rolltreppen nicht zufällig in unterschiedliche Richtungen führten.

Die Zeit der Monster

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci schrieb in den 1930er-Jahren des vorigen Jahrhunderts einen Satz, der mich mein Leben lang begleitet hat: „Das Alte stirbt und das Neue kann nicht zur Welt kommen." In diesem Interregnum, so schrieb er weiter, würden die unterschiedlichsten krankhaften Erscheinungen sichtbar.

Wenn ich heute auf das Jahr 2026 zurückblicke, erscheint mir diese Beschreibung beinahe unheimlich aktuell. Eine alte Ordnung verlor ihre Stabilität, aber etwas Neues war noch nicht entstanden. Vieles funktionierte nicht mehr, gleichzeitig fehlte die Vorstellung davon, was an seine Stelle treten könnte.

Ich nannte diese Jahre die Zeit der Monster.

Sie wuchsen dort, wo Angst größer wurde als Hoffnung, wo Menschen gegeneinander ausgespielt und wachsende Ungleichheit als unvermeidbar dargestellt wurden. Wo Solidarität belächelt und Mitgefühl zur Schwäche erklärt wurde.

Diese Monster hatten keine Hörner. Ja, die eine oder andere obskure Frisur war dabei. Aber im Grunde trugen sie Anzug und Krawatte, saßen in Fernsehstudios und Parlamenten oder verbreiteten ihre Botschaften über soziale Medien. Sie sprachen von Freiheit und meinten häufig die Freiheit des Stärkeren. Von Sicherheit und meinten Ausgrenzung. Von Leistung und schwiegen über die ungleichen Voraussetzungen.



Aber wir hätten es uns zu einfach gemacht, nur auf jene zu zeigen, die diese Botschaften verbreiteten. Sie waren nicht die Ursache aller unserer Probleme. Sie waren auch deren Symptom.

Gesellschaften werden nicht aus dem Nichts autoritär. Die Unsicherheit jener Jahre war real. Und je größer sie wurde, desto verführerischer wurden einfache Antworten. Entscheidend war, wohin sich die Wut richtete: gegen die Verhältnisse, die Unsicherheit und Ungleichheit hervorbrachten? Gegen die Konzentration von Reichtum und Macht? Oder gegen Menschen, die selbst kaum etwas hatten?

Die Monster kannten ihre Antwort.
Sie traten nach unten.

Der Kampf um unseren Alltagsverstand

Die Monster waren erfolgreich, weil sie nicht nur politische Forderungen stellten. Sie veränderten die Art, wie wir über unsere Gesellschaft sprachen.

Die Grenzen verschoben sich langsam. Begriffe, die gestern noch Empörung ausgelöst hatten, wurden wiederholt und irgendwann Teil gewöhnlicher politischer Debatten. Menschenrechte wurden zur Verhandlungsmasse. Aus Menschen, die Schutz suchten, wurden „Illegale“. Wer arm war, hatte sich angeblich nicht genügend angestrengt. Ich glaube, wir haben unterschätzt, wie mächtig dieser Prozess war.

Gramsci hatte dafür einen Begriff: den Alltagsverstand. Er meinte jene Vorstellungen von der Welt, die uns so selbstverständlich geworden sind, dass wir kaum noch bemerken, dass es Vorstellungen sind. Was empfinden wir als gerecht? Wem schreiben wir Verantwortung für Armut zu? Wem vertrauen wir? Was betrachten wir als unveränderlich und was überhaupt noch als politisch gestaltbar?

Die autoritäre Rechte hatte verstanden, dass genau hier entschieden wird, welche Politik eines Tages möglich sein würde. Sie wiederholte ihre Begriffe, Feindbilder und einfachen Erklärungen so lange, bis vieles davon in der Mitte der Gesellschaft angekommen war.

Robert Misik beschrieb damals noch eine weitere Dimension dieses Prozesses als „Erziehung zur Grausamkeit“. Das ständige Trommelfeuer aus Skandalisierung, Häme und Hass sollte nicht nur unsere politischen Überzeugungen verändern, sondern auch unser Verhältnis zueinander. Mitgefühl erschien als Schwäche, Härte als Stärke, die Abwertung anderer wurde zunehmend normal.

Wir hingegen waren zu oft in der Defensive. Manchmal übernahmen selbst jene, die sich als progressiv verstanden, die Begriffe und Deutungen der anderen – und trugen damit dazu bei, dass sie weiter in die Mitte der Gesellschaft vordrangen.

Wir mussten wieder lernen, dass es nicht genügt, die Antworten der anderen zurückzuweisen. Wir brauchten eigene Antworten und eine eigene Vorstellung davon, wie eine gerechtere Gesellschaft aussehen könnte. Denn was gestern undenkbar erschien, wird zuerst sagbar, dann diskutierbar und irgendwann politisch durchsetzbar.

Auch wir als soziale Organisationen mussten uns deshalb fragen: War unsere Aufgabe erfüllt, wenn wir die Folgen von Armut linderten? Oder mussten wir zugleich darüber sprechen, warum Armut in einer der reichsten Gesellschaften der Geschichte überhaupt fortbestand? Für mich konnte es darauf nur eine Antwort geben: Wer Menschen hilft, darf über die Verhältnisse, die ihre Not hervorbringen, nicht schweigen.

Und Solidarität konnte mehr sein als Mitgefühl.
Sie konnte gesellschaftliche Kraft werden.

Warum ich die Hoffnung nie verloren habe

2026 wurde mir immer wieder eine Frage gestellt: Glaubst du wirklich noch daran, dass sich das Blatt wenden kann? Die Zweifel waren verständlich. Trotzdem habe ich den Glauben daran nie verloren.

Ich bin Menschen begegnet, die selbst kaum etwas besaßen und trotzdem teilten. Pflegekräften, die unter schwierigsten Bedingungen versuchten, Menschen jene Zeit und Zuwendung zu geben, die das System längst nicht mehr vorsah. Ehrenamtlichen, die ihre freie Zeit anderen schenkten. Kolleg*innen, die sich zusammenschlossen, weil sie ihre Arbeitsbedingungen nicht länger hinnehmen wollten. Menschen, die sich vor andere stellten, wenn diese angegriffen oder ausgegrenzt wurden. Und Kindern, die unter Bedingungen aufwuchsen, die eine reiche Gesellschaft niemals hätte akzeptieren dürfen, und die trotzdem neugierig blieben und Pläne schmiedeten.

All diese Begegnungen haben mir etwas gezeigt, das stärker war als die Erzählung von der Ohnmacht: Menschen sind nicht nur Konkurrent*innen. Sie sind fähig, füreinander einzustehen, sich zusammenzuschließen und gemeinsam Dinge zu verändern.
Solidarität war für mich deshalb nie nur eine politische Idee.
Ich hatte sie erlebt.

§Solidarität war für mich deshalb nie nur eine politische Idee. Ich hatte sie erlebt.§

Aus vielen einzelnen Erfahrungen konnte gemeinsames Handeln entstehen. Aus Hilfe konnte Solidarität werden, aus Solidarität Organisation und aus Organisation gesellschaftliche Kraft.

Der Philosoph Ernst Bloch schrieb einmal, die Zukunft sei in der Gegenwart angelegt. Nicht als Versprechen, dass eine bessere Zukunft zwangsläufig kommen würde, sondern als Möglichkeit. Und Möglichkeiten können ergriffen oder verspielt werden.

Wir mussten nicht daran glauben, dass alles gut ausgehen würde. Wir mussten daran glauben, dass es einen Unterschied machte, was wir taten.

Denn Zukunft kommt nicht einfach. Sie wird gemacht.

Wann hat sich die Richtung geändert?

Wann hat sich die Richtung geändert? Welche Wahl es war, welche Regierung, welche große Bewegung?

Ich wünschte, ich könnte euch einen solchen Moment nennen. Geschichte wäre leichter zu erzählen, wenn sie so funktionieren würde. Aber es gab diesen einen Tag nicht.

Was sich veränderte, war zunächst viel weniger spektakulär: Menschen begannen wieder, sich zusammenzutun. Nicht überall gleichzeitig und nicht immer erfolgreich. Es gab Rückschläge und Niederlagen. Aber aus vielen kleinen Bewegungen entstand allmählich etwas Größeres.

Lange hatten wir unsere Kämpfe getrennt geführt: gegen Armut und die Klimakrise, für bessere Arbeitsbedingungen, Gleichstellung, Menschenrechte und Demokratie. Allmählich verstanden wir wieder, dass hinter vielen dieser Kämpfe dieselben grundlegenden Fragen standen: Wer verfügt über Macht und Ressourcen? Wer trägt die Kosten unseres Wohlstands? Wer kann über das eigene Leben bestimmen und wer nicht?

Aus dieser Erkenntnis entstanden neue Bündnisse. Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Menschen, die sich zuvor nie als politisch verstanden hätten, fanden in konkreten Auseinandersetzungen zusammen. Nicht zu einer einzigen großen Bewegung und nicht ohne Konflikte. Aber oft genug, um etwas zu verändern.

Und damit machten Menschen wieder eine Erfahrung, die lange verloren gegangen war: Gemeinsames Handeln konnte tatsächlich einen Unterschied machen.

Das war vielleicht der eigentliche Wendepunkt. Kein Datum, sondern eine Erfahrung, die sich verbreitete: Wir waren den Verhältnissen nicht vollständig ausgeliefert. Was von Menschen geschaffen worden war, konnte von Menschen auch verändert werden.

§Was von Menschen geschaffen worden war, konnte von Menschen auch verändert werden.§

Was sich verändert hat

Wir begannen Solidarität noch auf eine andere Weise zu verstehen. Die Philosophin Jule Govrin sprach von einem „Universalismus von unten“ und stellte dabei unsere gemeinsame Verwundbarkeit ins Zentrum. Kein Mensch existiert unabhängig von anderen. Wir brauchen andere, wenn wir geboren werden, krank sind oder alt werden. Wir sind aufeinander und auf eine bewohnbare Welt angewiesen.

Aber wir sind nicht alle auf dieselbe Weise verwundbar. Ob Krankheit, eine Wirtschaftskrise oder eine Hitzewelle zur existenziellen Bedrohung wird, hängt auch davon ab, über welche Ressourcen ein Mensch verfügt und welche Unterstützung eine Gesellschaft bietet. Gerade darin lag für uns eine neue Vorstellung von Solidarität: Unsere Verwundbarkeit verbindet uns.

Wenn ich heute Kinder auf ihrem Weg in die Schule sehe, denke ich daran, wie selbstverständlich wir es 2026 hinnahmen, dass ihre Chancen davon abhingen, in welche Familie sie geboren wurden. Wir halfen mit Schulsachen, finanzierten Nachhilfe oder ermöglichten Ausflüge. Diese Hilfe war notwendig. Aber irgendwann mussten wir uns fragen: Warum akzeptieren wir die Verhältnisse, die sie immer wieder notwendig machen?

Heute gibt es weiterhin Familien mit unterschiedlichen Einkommen. Aber wir haben aufgehört, Kinder die Konsequenzen dieser Ungleichheit tragen zu lassen. Gute Bildung, ein warmes Mittagessen, gesundheitliche Versorgung, digitale Ausstattung, Sport oder Kultur hängen nicht mehr vom Einkommen der Eltern ab. Wir haben uns darauf verständigt, dass die Existenz eines Kindes nicht der Ort sein darf, an dem eine Gesellschaft spart.

Ähnliches geschah in der Pflege. Wir wurden älter und der Bedarf an Pflege und Betreuung wuchs. Wir hörten auf, Pflege wie ein Problem zu behandeln, das Familien irgendwie privat lösen sollten, und investierten in öffentliche und gemeinnützige Angebote und in die Menschen, die diese Arbeit leisten. Arbeitsbedingungen wurden besser, Arbeitszeiten planbarer. Angehörige können für Menschen da sein, die sie lieben, ohne dafür ihre eigene Existenz oder Gesundheit aufs Spiel zu setzen.



Auch draußen vor meinem Zugfenster ist die Veränderung sichtbar. Ich sehe Städte mit mehr Bäumen und entsiegelten Plätzen, Gebäude, die im Sommer nicht zu Hitzefallen werden, Wohnviertel mit kurzen Wegen. In vielen Städten kostet der öffentliche Verkehr heute nichts mehr, überregional wurde Bahnfahren wesentlich günstiger.

Mein Zug ist selbst Teil dieser Veränderung. 2026 konnte man durch Europa fliegen und mit wenigen Klicks eine Reise buchen. Mit der Bahn scheiterte man oft an unterschiedlichen Buchungssystemen, Tarifen und Zuständigkeiten. Heute verbinden uns von Lissabon bis Istanbul durchgehende Tag- und Nachtzüge und gemeinsame Buchungssysteme.

Die Klimakrise ist damit nicht verschwunden. Aber wir haben aufgehört, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander auszuspielen. Wer wenig hat, durfte nicht die größte Last tragen. Wer besonders viel verbrauchte und von der alten Wirtschaftsweise profitiert hatte, musste mehr Verantwortung übernehmen.

Gemeinnütziger und öffentlicher Wohnbau wurde wieder massiv ausgebaut, Spekulation begrenzt. Wohnraum wurde wieder stärker danach beurteilt, wofür er da ist: damit Menschen darin leben können. Auch Wasser, Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit wurden stärker vor kurzfristigen Verwertungsinteressen geschützt.

Wirtschaft ist kein Naturgesetz. Sie ist die Art und Weise, wie wir Produktion, Arbeit, Eigentum und Verteilung organisieren. Und was Menschen organisieren, können Menschen auch verändern. Märkte und private Unternehmen verschwanden deshalb nicht. Aber wir setzten ihnen Grenzen, wo elementare Bedürfnisse oder unsere natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Spiel standen.

Wir begannen, Wohlstand anders zu verstehen und zu verteilen: als mehr Zeit, soziale Absicherung, Bildung und gute öffentliche Leistungen. Schulen, Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung, leistbares Wohnen und öffentliche Mobilität waren irgendwann nicht mehr jene Posten, bei denen zuerst gefragt wurde, was sie kosten. Wir begannen wieder zu fragen, was sie uns wert sind.

Natürlich musste all das finanziert werden. Und damit kamen wir zu einer Frage, der wir lange ausgewichen waren: Wer trägt eigentlich wie viel zu dieser Gesellschaft bei?

Macht brauchte Grenzen

Wir hatten lange über Ungleichheit gesprochen, als ginge es vor allem um die Frage, ob es gerecht ist, dass die einen sehr viel und die anderen sehr wenig besitzen. Aber irgendwann verstanden wir, dass es um mehr ging.

Es ging um Macht.

Denn sehr große Vermögen bedeuten nicht nur einen anderen Lebensstil. Mit großen Vermögen wächst die Möglichkeit, über Unternehmen, Grund und Boden, Medien und Investitionen zu verfügen und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Wo sich Vermögen konzentriert, konzentriert sich auch gesellschaftliche Macht.

Wo sich Vermögen konzentriert, konzentriert sich auch gesellschaftliche Macht.

Wir begannen deshalb, große Vermögen und Erbschaften stärker zur Finanzierung jener Gesellschaft heranzuziehen, die diesen Reichtum überhaupt erst möglich machte. Nicht, um Erfolg zu bestrafen. Sondern weil Eigentum nicht nur Rechte mit sich bringt, sondern auch Verantwortung.

Die Wirkung wurde konkret erfahrbar: in Schulen und Kinderbetreuung, in Pflege und Gesundheit, in leistbarem Wohnen, öffentlichem Verkehr und sozialer Sicherheit. Der Sozialstaat war keine Einschränkung von Freiheit. Er schuf die Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihre Freiheit tatsächlich nutzen konnten.

Auch heute gibt es große Unternehmen, wohlhabende Menschen und unterschiedliche Einkommen. Wir streiten weiterhin darüber, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft verträgt. Aber wir haben aufgehört, extreme Ungleichheit als unvermeidlichen Preis für Wohlstand hinzunehmen und wirtschaftliche Macht dort zurückgedrängt, wo sie demokratische Macht zu verdrängen begann.

Und die Monster?

Was ist aus diesen schauderhaften Kreaturen geworden, vor denen man sich eigentlich als Kind fürchtet, wenn abends das Licht ausgeht? Ihr erinnert euch: Unsere Monster waren sehr real, bestens gekleidet und vorzugsweise bei Tageslicht unterwegs.

Sie sind nicht verschwunden. Das wäre eine schöne Geschichte, aber keine ehrliche. Auch 2040 gibt es politische Kräfte, die versuchen, aus Unsicherheit Angst und aus Angst Hass zu machen, die einfache Antworten versprechen und andere abwerten.

Auch die Konflikte, von denen sie leben, sind nicht verschwunden. Demokratie ist kein Zustand, den man einmal erreicht und dann für immer besitzt.

Demokratie ist kein Zustand, den man einmal erreicht und dann für immer besitzt.

Aber die Monster haben es heute schwerer.

Wir hatten verstanden, dass man Menschenfeindlichkeit nicht allein mit moralischer Empörung besiegen kann. Wer verhindern will, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden, muss auch die Verhältnisse verändern, unter denen Abstiegsangst und Ohnmacht entstehen.

Und wir begannen wieder selbst um den Alltagsverstand zu kämpfen. Vieles, das 2026 als unrealistisch oder radikal galt, ist für eine neue Generation selbstverständlich geworden: dass kein Kind arm sein sollte, gute Pflege Zeit braucht, großer Reichtum große Verantwortung bedeutet und eine Gesellschaft Märkten Grenzen setzen kann.

Dafür mussten Menschen streiten, Mehrheiten gewinnen und nach Niederlagen wieder von vorne beginnen. Aber mit jeder Veränderung verschob sich auch das, was wir für möglich hielten.

Das war vielleicht eine der wichtigsten Lehren aus der Zeit der Monster: Alltagsverstand ist nicht unveränderlich. Was normalisiert wurde, kann wieder an Selbstverständlichkeit verlieren. Was lange als utopisch belächelt wurde, kann eines Tages selbstverständlich sein.

Wir hatten den Kampf um unsere Vorstellungskraft zu lange den anderen überlassen. Als wir begannen, ihn wieder selbst zu führen, veränderte sich nicht nur unsere Sprache.

Wir veränderten die Wirklichkeit, aus der diese Sprache entstand.

Die Zuversicht ist zurückgekehrt

Und damit kehrte etwas zurück, das uns beinahe abhandengekommen war: Zuversicht.

Wenn ich sagen müsste, was sich zwischen 2026 und 2040 am stärksten verändert hat, würde ich deshalb nicht zuerst ein Gesetz oder eine Reform nennen. Viele Menschen haben wieder die Erfahrung gemacht, dass ihr Handeln einen Unterschied macht. Dass gesellschaftliche Verhältnisse nicht unveränderlich sind. Dass die Zukunft ihrer Kinder nicht zwangsläufig schlechter sein muss als ihre eigene.

2026 war dieses Vertrauen tief erschüttert. Politik bestand zu oft darin, die nächste Krise zu bewältigen oder wenigstens das Schlimmste zu verhindern. Wir wussten sehr genau, was wir nicht wollten. Aber wir hatten verlernt, gemeinsam darüber zu sprechen, was an seine Stelle treten sollte.

Als sich das änderte, begannen wir wieder über Fortschritt zu sprechen. Nicht als Versprechen immer größeren Konsums oder als blinden Glauben an Technologie und Wachstum. Sondern als Aussicht darauf, dass Menschen freier, sicherer und selbstbestimmter leben können als zuvor. Dass Wohlstand nicht daran gemessen wird, wie viel einige wenige besitzen, sondern daran, welche Möglichkeiten allen offenstehen.

Vor allem aber lernten wir, Zukunft wieder als etwas Gemeinsames zu begreifen. Eine Gesellschaft lässt sich nicht individuell retten. Kein Mensch baut allein ein Krankenhaus, ein Schienennetz oder ein Stromnetz. Niemand schützt allein das Klima, schafft soziale Sicherheit oder verteidigt eine Demokratie.

Vielleicht denke ich gerade deshalb auf dieser Reise so viel über das Jahr 2026 nach. Draußen ist es längst hell geworden. Städte, Dörfer und Landschaften ziehen am Fenster vorbei.

„Wir haben wieder Vertrauen in unsere gemeinsame Fähigkeit gewonnen, Dinge zum Besseren zu verändern.“

Ich hoffe, dass ihr etwas spüren würdet, das sich nur schwer in Statistiken messen lässt: Wir haben wieder Vertrauen in unsere gemeinsame Fähigkeit gewonnen, Dinge zum Besseren zu verändern.

Nicht, weil wir angekommen wären. Sondern weil wir wieder wissen, dass wir uns bewegen können.

Was ihr uns hinterlasst

Auf dieser Reise muss ich immer wieder an einen Gedanken von Karl Marx denken. Vor beinahe zweihundert Jahren schrieb er sinngemäß über unser Verhältnis zur Erde, dass selbst eine ganze Gesellschaft, ja alle Gesellschaften zusammengenommen, nicht Eigentümer*innen der Erde seien. Wir seien ihre Nutznießer*innen und hätten die Verantwortung, sie den nachfolgenden Generationen in einem besseren Zustand zu hinterlassen.

Ich mochte diesen Gedanken immer, auch über die ökologische Frage hinaus, weil er unsere Vorstellung von Eigentum auf den Kopf stellt. Was uns für eine begrenzte Zeit zur Verfügung steht, gehört uns nicht grenzenlos. Wir tragen Verantwortung dafür, in welchem Zustand wir es weitergeben.

Heute verstehen wir diese Verantwortung umfassender denn je. Natürlich hinterlassen wir unseren Kindern und Enkelkindern Flüsse, Wälder, Böden, ein Klima und die Artenvielfalt dieses Planeten. Aber wir hinterlassen ihnen auch Schulen und Krankenhäuser, Wohnungen und Städte, öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit. Wir hinterlassen Rechte und Institutionen, Vermögen und Schulden, eine Demokratie und die Verteilung von Macht.

Und wir hinterlassen Vorstellungen davon, was in einer Gesellschaft als selbstverständlich gilt.

Ob ein Kind glaubt, Armut sei sein persönliches Versagen. Ob Menschen darauf vertrauen können, im Alter gut versorgt zu werden. Ob jemand, der vor Krieg und Verfolgung flieht, zuerst als Mensch oder als Bedrohung gesehen wird. Ob der Wert eines Menschen an seiner wirtschaftlichen Leistung gemessen wird. Und ob Freiheit bedeutet, dass die Starken möglichst wenig Grenzen erfahren – oder dass alle Menschen tatsächlich die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstbestimmt zu führen.

Auch das ist ein Erbe.

Wenn ich aus dem Jahr 2040 auf euch zurückblicke, weiß ich, dass ihr euch die Welt, die ihr übernommen habt, nicht ausgesucht habt. Ihre Krisen hatten lange vor euch begonnen. Keine Generation beginnt bei null.

Aber irgendwann kommt für jede Generation der Moment, in dem sie entscheiden muss, was sie mit dem macht, was sie vorgefunden hat.

Eure Aufgabe war nicht, alle Fehler der Vergangenheit innerhalb weniger Jahre zu korrigieren. Das wäre unmöglich gewesen.

Eure Aufgabe war, die Weichen neu zu stellen. Damit komme ich vielleicht zum eigentlichen Grund meiner Reise.



Der Zug wird langsamer. Vor dem Fenster verdichtet sich die Stadt, in der Ferne zeichnet sich Istanbul ab. In wenigen Minuten werden wir ankommen. Ich bin auf dem Weg zu einer internationalen Konferenz, auf der Regierungen, Wissenschafter*innen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft darüber beraten, wie wir mit den Ressourcen dieser Erde umgehen und welche Welt wir den Generationen nach uns hinterlassen.

Wir haben verstanden, dass Verantwortung gegenüber kommenden Generationen mehr sein muss als ein schöner Satz in einer Sonntagsrede. Vielleicht ist das der größte Unterschied zwischen eurer Gegenwart und unserer.

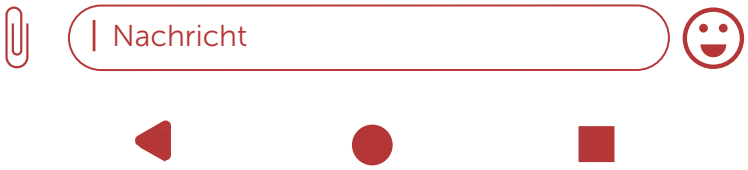
Wir leben 2040 noch immer mit den Folgen der Krisen, die eure Zeit geprägt haben. Wir haben sie nicht alle gelöst. Wir haben die Widersprüche nicht abgeschafft und keine Gesellschaft geschaffen, in der es nichts mehr zu verändern gäbe.

Aber ihr habt die Weichen neu gestellt.

Ihr habt euch organisiert, geholfen, widersprochen, gestritten und neue Bündnisse geschlossen. Und damit habt ihr uns etwas hinterlassen, auf dem wir weiterbauen konnten: die Überzeugung, dass die Verhältnisse nicht bleiben müssen, wie sie sind.

Der Zug rollt in den Bahnhof ein. Menschen stehen auf, nehmen ihre Taschen und Mäntel. Auch ich werde gleich aussteigen. Draußen beginnt ein neuer Tag in Istanbul.

Wir sind weit gekommen seit 2026. Angekommen sind wir nicht. Aber wir fahren wieder in die richtige Richtung.



Illustrationen © Gina Müller

Bezahlte Anzeige

AK BURGENLAND

Jetzt NEWSLETTER abonnieren!

b.ak.at/newsletter.html

Scan me!



„Demokratie ist kein Selbstzweck.“

Barbara Blaha
Leiterin des Momentum Instituts



Für die Zukunft planen ist eine Klassenfrage

Barbara Blaha leitet das Momentum Institut in Wien, einen unabhängigen Thinktank für soziale, wirtschaftliche und demokratiepolitische Fragen, und ist Expertin für soziale Ungleichheit und Verteilung. Mit ihr sprechen wir darüber, was Gerechtigkeit heute bedeutet, wie soziale Sicherheit Demokratie stärkt und wer am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben kann.

Was bedeutet Gerechtigkeit eigentlich?

Ich finde an dem Begriff Gerechtigkeit spannend, dass sich viele Menschen schwertun, ihn zu definieren. Aber wir sind sehr gut darin zu sagen, wenn etwas ungerecht ist. Dieses Sensorium haben wir sehr früh. Das wissen alle, die mit Kindern zu tun haben: Wenn ein Geburtstagskuchen ungerecht aufgeteilt wird, bricht sofort die Revolution aus. Es gibt Experimente, die zeigen, dass schon sechsjährige Kinder den Kuchen lieber ganz wegwerfen, als eine ungerechte Verteilung zu akzeptieren. So tief sitzt unser Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit.

Warum akzeptieren Menschen dann trotzdem Ungleichheit?

Weil wir Wettbewerb mögen und uns miteinander vergleichen. Wenn Ressourcen ungleich verteilt werden, brauchen wir aber eine Geschichte, die das rechtfertigt: Der war stärker, schneller oder klüger. Wenn es eine Erklärung gibt, die die ungleiche Verteilung nachvollziehbar erscheinen lässt, akzeptieren wir sie eher.

© markuszahradnik.com

Mit wem vergleichen wir uns dabei?

Vor allem mit unserer sozialen Nahgruppe. Ein Kind vergleicht sich mit den anderen Kindern in seiner Klasse, nicht mit Kindern irgendwo anders auf der Welt. Das führt später auch dazu, dass wir die großen Ungleichheiten aus dem Blick verlieren. Uns beschäftigt eher, ob der türkische Nachbar zu viel Sozialhilfe bekommt, als ob der Multimilliardär ausreichend Steuern zahlt. Den kennen wir nicht. Und der wohnt nicht mit uns im Haus.

Wie erleben Kinder diese Unterschiede?

Kinder wachsen mit dem Wissen auf, dass sie arm sind, so wie sie wissen, dass der Himmel blau ist. Das ist einfach ihre Welt. Der Vergleich beginnt, sobald sie andere Wohnungen und Kinderzimmer sehen oder zu Geburtstagspartys eingeladen werden. Dann merken sie sehr schnell, wie unterschiedlich Lebensverhältnisse sein können.

Kann Bildung soziale Ungleichheit tatsächlich überwinden?

Da sind wir beim Märchen vom Aufstieg. Die Erzählung lautet, wenn du nur genug Bildung in dich hineinschüttest, dann schaffst du den sozialen Aufstieg. Menschen wie ich werden dann gern als Beweis genommen: Schau her, das Arbeiterkind Barbara hat es ja auch geschafft. Sie hat studiert und leitet heute ein Wirtschaftsforschungsinstitut. Also funktioniert das System. Aber Bildungserfolg hängt selbst stark von der sozialen Herkunft ab. Wer Geld für Nachhilfe hat, einen eigenen Schreibtisch und Unterstützung zu Hause, startet mit anderen Voraussetzungen. Es geht nicht einfach um Intelligenz oder Talent. Die wirtschaftliche Situation der Eltern beeinflusst den Bildungsweg massiv.

Was hat dieses System so lange stabil gehalten?

Die Nachkriegsordnung hat lange das Versprechen vermittelt: Wenn du dich anstrengst, wenn deine Kinder sich in der Schule anstrengen und alle kräftig in die Hände spucken, dann wird dein Leben besser und das deiner Kinder ebenfalls. Diese Erzählung hat nie für alle gestimmt, nicht für migrantische Menschen, nicht für Frauen, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen oder Alte. Aber sie war stark genug, um in weiten Teilen der Gesellschaft politische Loyalität zu erzeugen.

Warum trägt dieses Versprechen heute nicht mehr?

Weil die Ungleichheit so stark zugenommen hat. Wenn einige wenige fast alles haben und viele Menschen am Ende des Monats ins Straucheln kommen, trägt diese Erzählung irgendwann nicht mehr. Dann müssen Frust, Zorn und Wut irgendwohin.

„Es gibt Experimente, die zeigen, dass schon sechsjährige Kinder den Kuchen lieber ganz wegwerfen, als eine ungerechte Verteilung zu akzeptieren.“

Was bedeutet das für die Demokratie?

Demokratie ist kein Selbstzweck. Sie muss das Leben der Menschen besser machen als andere Systeme. Es gibt Untersuchungen aus Deutschland, die zeigen: Je größer die Zustimmung zu einer politischen Forderung in der einkommensschwächeren Hälfte der Bevölkerung ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie umgesetzt wird. Wenn Menschen erleben, dass ihre Interessen politisch kaum vorkommen und sich ihre Lebensverhältnisse gleichzeitig verschlechtern, entsteht das Gefühl: Dieses System funktioniert für mich nicht.

Liegt darin der Erfolg rechter Angebote?

Sie versprechen Orientierung, Ordnung und Sicherheit und benennen klare Schuldige. Das ist aber keine reine Frage von Einkommen oder Bildung. Diese Sehnsucht findet man in unteren wie in höheren sozialen Schichten. Und ich finde wichtig, dass wir nicht immer sagen: Die Rechten haben so einfache Antworten. Das sind keine einfachen Antworten, das sind falsche Antworten. Es ist eine Lüge. Das Leben der Menschen würde nicht besser, würden wir alle Menschen mit Migrationshintergrund irgendwohin deportieren. Die Gesellschaft würde zusammenbrechen.

Woher kommt dieses Gefühl von Unsicherheit?

Der Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Das zeigt sich etwa bei Mieten, Lebensmitteln und Energie. Viele erinnern sich daran, wie ihre Eltern oder Großeltern noch Eigentum schaffen konnten. Sie haben jahrzehntelang gearbeitet, jeden Groschen hineingesteckt, und am Ende gehörte ihnen das Haus. Für viele ist das heute kaum noch erreichbar. Gleichzeitig erscheinen uns befristete Verträge, Teilzeit, Praktika, prekäre Beschäftigung und befristetes Wohnen inzwischen fast selbstverständlich. Über die Jahre ist viel Sicherheit verloren gegangen.

„Wer ständig darum kämpfen muss, die Miete zu zahlen oder etwas auf den Teller zu bringen, entwickelt einen Tunnelblick."

Wann begann dieser Wandel?

Da kann man historisch den Finger ziemlich gut drauflegen. Ronald Reagan und Margaret Thatcher haben die neoliberale Wende eingeläutet. Die kam aber nicht von ungefähr, sondern wurde über Jahre und Jahrzehnte vorbereitet. Die Ordnung der Nachkriegswelt war stark auf die soziale Marktwirtschaft ausgerichtet. Auch christlich-soziale Konservative haben klar gesagt: Wir müssen schauen, dass alle gut durchkommen. Natürlich darf der eine mehr haben als der andere, aber alle miteinander müssen wir schauen, dass alle durchkommen.



© Wolfgang Lienbacher

Was hat sich dadurch in unserem Denken verändert?

Der Hausverstand hat sich verschoben. Milton Friedman und Friedrich Hayek, zwei der einflussreichsten Vordenker neoliberaler Wirtschaftspolitik, galten in den 60er-Jahren mit ihren Forderungen nach weitreichender Privatisierung noch als radikal. Heute ist es fast umgekehrt: Oft gelten jene als radikal, die sagen, Steuern seien eine gute Idee. Die Grenzen des Sagbaren und Denkbaren haben sich verschoben, also das, was gesellschaftlich als normal und selbstverständlich gilt.

Was macht dauernde finanzielle Unsicherheit mit Menschen?

Sie verengt den Blick. Es gibt Untersuchungen mit Bauern, deren Einkommen im Jahresverlauf stark schwankt. Je nachdem, ob sie gerade finanziell gut dastehen oder kurz vor der nächsten Ernte kaum Geld haben, schneiden sie bei Intelligenztests unterschiedlich ab. Das bedeutet nicht, dass arme Menschen weniger intelligent sind. Wer ständig darum kämpfen muss, die Miete zu zahlen oder etwas auf den Teller zu bringen, entwickelt einen Tunnelblick. Die gesamte Aufmerksamkeit richtet sich auf das unmittelbare Überleben.

Kann man unter solchen Bedingungen überhaupt langfristig planen?

Für die Zukunft zu planen ist eine Klassenfrage. Was ich in fünf Jahren machen möchte, interessiert mich erst dann wirklich, wenn ich mir heute keine Sorgen darüber machen muss, wie ich meine Miete zahle. Man kann das mit einem Computer vergleichen, der schon damit beschäftigt ist, seine grundlegenden Programme am Laufen zu halten. Der Lüfter läuft auf Hochtouren. Dann kann ich nicht auch noch eine neue App installieren. Dafür fehlen schlicht die Kapazitäten.

Alle Infos unter:
www.momentum-institut.at



Wer wenig hat, wird weniger gehört?!

Wie Armut die Demokratie gefährdet



© istockphoto.com/Rawpixel

Demokratie lebt davon, dass alle Menschen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten können. Doch selbst gleiche politische Rechte bedeuten noch lange nicht gleiche Möglichkeiten, diese auch wahrzunehmen.

Repräsentative Forschungen zeigen:
Viele armutsbetroffene Menschen erleben Politik als weit entfernt von ihrer Lebensrealität. Auch eine Befragung der Volkshilfe zeigt: Drei Viertel der von der Volkshilfe befragten Armutsbetroffenen haben sogar das Gefühl, von der Politik als „Menschen zweiter Klasse" behandelt zu werden.

Die Schlussfolgerung: Armut ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Qualität unserer Demokratie.

Demokratische Gleichheit erschöpft sich nicht im Wahlrecht.

Politische Teilhabe umfasst auch die Möglichkeit, sich zu informieren, eigene Interessen zu vertreten, sich an Initiativen zu beteiligen, mit politischen Entscheidungsträger*innen in Kontakt zu treten oder sich längerfristig zu engagieren.

Dafür braucht es Ressourcen. Zeit gehört ebenso dazu wie Wissen, soziale Netzwerke und materielle Sicherheit. Armut schränkt diese Spielräume ein. Wer einen großen Teil der eigenen Aufmerksamkeit darauf verwenden muss, Miete, Lebensmittel oder unerwartete Ausgaben zu bewältigen, hat schlechtere Voraussetzungen, sich zusätzlich politisch einzubringen.

Ungleiche Voraussetzungen für politische Teilhabe

Der Politikwissenschaftler Colin Crouch (2020) beschreibt mit dem Begriff der **Postdemokratie** eine gefährliche Entwicklung, bei der demokratische Institutionen formal bestehen bleiben, politische Einflussmöglichkeiten aber zunehmend ungleich verteilt sind.

Wahlen finden statt, Parlamente arbeiten, Bürger*innen verfügen über politische Rechte, zugleich können ökonomisch mächtige Gruppen ihre Interessen leichter durchsetzen als Menschen mit wenigen Ressourcen.

Das zeigt sich etwa beim Zugang zu Netzwerken, zu professioneller Interessenvertretung oder zur öffentlichen Aufmerksamkeit. Wer über Geld und gesellschaftlichen Einfluss verfügt, kann die eigenen Anliegen auf anderen Wegen in politische Prozesse einbringen als jemand, dessen Alltag von finanzieller Unsicherheit geprägt ist.

Auch Untersuchungen aus Österreich zeigen deutliche Unterschiede zwischen sozialen Gruppen. Menschen mit niedrigem Einkommen beteiligen sich seltener an Wahlen und anderen Formen politischer Partizipation und beurteilen die Funktionsweise des politischen Systems kritischer. Gleichzeitig ist das kein Hinweis darauf, dass Demokratie grundsätzlich abgelehnt wird. Vielmehr geht es um die Frage, ob Menschen den Eindruck haben, dass ihre Interessen in diesem System vorkommen und ihre Beteiligung etwas bewirken kann (Zandonella 2025).

Armut betrifft einen erheblichen Teil der Bevölkerung

2025 waren in Österreich mehr als 1,5 Millionen Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (Statistik Austria 2026).

Armut bedeutet dabei nicht nur, unter einer bestimmten Einkommensgrenze zu leben. Sie beeinflusst Wohnbedingungen, Gesundheit, Bildungschancen und soziale Teilhabe.

Sie verändert aber auch die Möglichkeiten, die eigene Lebenssituation mitzugestalten und gesellschaftliche Interessen zu vertreten.

Die Volkshilfe hat im Zuge der letzten Nationalratswahlen untersucht, wie armutsgefährdete Klient*innen Politik und Demokratie wahrnehmen und wie sie daran teilhaben.

Im August und September 2024 wurden österreichweit insgesamt 202 Klient*innen der Volkshilfe telefonisch und online befragt. Die Ergebnisse sind weder für die österreichische Bevölkerung noch für alle armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen repräsentativ.

Sie geben jedoch Einblick in die politischen Erfahrungen und Einschätzungen einer Gruppe, die in allgemeinen Bevölkerungsbefragungen häufig nur schwer erreicht wird.


© istockphoto.com/SolStock

Zehn Prozent der Befragten hatten keinen formalen Bildungsabschluss, 22 Prozent einen Pflichtschulabschluss und 32 Prozent eine Berufsausbildung oder Fachschule abgeschlossen.

16 Prozent hatten Matura, 14 Prozent einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss.
54 Prozent besaßen die österreichische Staatsbürger*innenschaft, 23 Prozent jene eines Drittstaates und zwölf Prozent die Staatsbürger*innenschaft eines EU-/EWR-Landes oder der Schweiz.

Diese Zusammensetzung ist für die Frage politischer Teilhabe relevant. Denn politische Rechte hängen in Österreich auch von der Staatsbürger*innenschaft ab.

Wahlberechtigung und politische Beteiligung

Zum Zeitpunkt der Erhebung war die Nationalratswahl 2019 die letzte bundesweite Wahl.

41 Prozent der Befragten gaben an, daran teilgenommen zu haben. 38 Prozent waren nicht wahlberechtigt. Weitere neun Prozent hatten trotz Wahlberechtigung nicht gewählt.

Damit zeigt die Befragung zunächst einen sehr grundlegenden Ausschlussmechanismus: Ein beträchtlicher Teil der Befragten konnte an dieser wichtigen Form repräsentativer politischer Beteiligung gar nicht teilnehmen.


© istockphoto.com/SolStock

Unter den 19 Personen, die wahlberechtigt waren, aber nicht gewählt hatten, wurde fehlendes Vertrauen in die Politik am häufigsten als Grund genannt. Wegen der geringen Fallzahl lässt sich daraus kein allgemeiner Befund über Nichtwähler*innen ableiten.

Das Thema Vertrauen taucht allerdings auch an anderen Stellen der Befragung deutlich auf.

Politische Beteiligung jenseits von Wahlen

Politische Teilhabe beschränkt sich nicht auf den Wahltag.

Deshalb wurde auch erhoben, welche anderen Formen der Beteiligung die Befragten in den vergangenen fünf Jahren genutzt hatten.

31 Prozent hatten bei einer Unterschriftensammlung unterschrieben, 16 Prozent an einer Demonstration teilgenommen und zwölf Prozent bei einer Befragung ihrer Stadt oder ihres Bezirks mitgemacht.

Jede zehnte Person war bereits in der Sprechstunde einer Bürgermeisterin bzw. eines Bürgermeisters, acht Prozent hatten sich an einer Bürger*inneninitiative beteiligt und sieben Prozent in einer Partei engagiert.
44 Prozent hatten keine der abgefragten Beteiligungsformen genutzt.

Auch hier lohnt der Blick auf die Voraussetzungen. Viele Beteiligungsformen erfordern Zeit, Informationen und kontinuierliches Engagement. Gerade aufwendigere Formen politischer Partizipation sind sozial ungleich verteilt. Menschen mit höheren Einkommen und höherer formaler Bildung nutzen sie häufiger als Menschen mit weniger Ressourcen (Zandonella und Ehs 2021).



Der Glaube an die eigene politische Wirksamkeit

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit der politischen Selbstwirksamkeit. Gemeint ist damit die Einschätzung, ob Menschen glauben, durch politische Beteiligung tatsächlich etwas beeinflussen zu können.

48 Prozent der Befragten stimmten zumindest eher der Aussage zu, dass „Menschen wie ich" etwas bewirken können, wenn sie sich politisch beteiligen.

35 Prozent stimmten eher nicht oder gar nicht zu. Das Ergebnis ist bemerkenswert, weil es ein differenzierteres Bild zeichnet als die verbreitete Vorstellung einer generell politikfernen oder desinteressierten Gruppe. Fast die Hälfte der Befragten schreibt politischer Beteiligung durchaus Wirkung zu.

Gleichzeitig fällt ihre Einschätzung der politischen Machtverhältnisse sehr kritisch aus.

Politischer Einfluss wird als ungleich verteilt wahrgenommen

Der Aussage „In der Politik machen sich Menschen mit viel Geld untereinander aus, was im Land passieren soll" stimmten 72 Prozent eher oder vollständig zu.

Nur 14 Prozent widersprachen. Unter den Befragten mit österreichischer Staatsbürger*innenschaft lag die Zustimmung sogar bei 84 Prozent.

Diese Einschätzung passt zu Befunden aus der Forschung zur politischen Repräsentation. Internationale Studien zeigen, dass die Interessen ökonomisch privilegierter Gruppen in politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

Besonders deutlich wird die Ungleichheit dann, wenn sich die Interessen verschiedener Einkommensgruppen unterscheiden (Elsässer et al. 2018; Traber et al. 2022).

Die Wahrnehmung, dass Geld politischen Einfluss erleichtert, ist damit nicht ausschließlich Ausdruck von Misstrauen.

Sie verweist auf eine reale Ungleichheit politischer Einflussmöglichkeiten.

Politische Entscheidungen werden dennoch als relevant erlebt

Die kritische Einschätzung der Machtverhältnisse bedeutet nicht, dass den Befragten Politik gleichgültig wäre. Dieses Ergebnis hat uns zunächst überrascht. Auf die Frage, ob es egal sei, wer in der Regierung sitzt, antworteten 61 Prozent, dass dies eher nicht oder überhaupt nicht egal sei.

Nur 14 Prozent tendierten in die Gegenrichtung. Darin zeigt sich ein wichtiges Spannungsverhältnis der Befragung: Viele Menschen erleben das politische System als ungleich und wenig zugänglich, halten politische Entscheidungen aber gleichzeitig für bedeutsam.

Aber gerade Menschen mit niedrigen Einkommen sind von Entscheidungen über Sozialleistungen, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung oder öffentliche Infrastruktur unmittelbar betroffen und das könnte auch in den Antworten der Betroffenen deutlich werden.

Das Verhältnis zur Politik lässt sich daher weniger als Desinteresse beschreiben denn als Distanz zu einem System, dessen Entscheidungen sehr wohl als relevant wahrgenommen werden.



© istockphoto.com/Rawpixel

Drei Viertel fühlen sich nicht gleichwertig behandelt

Besonders deutlich fällt die Antwort auf eine weitere Frage aus. Die Befragten sollten die Aussage einschätzen: „Die Politik behandelt Menschen wie mich oft als Menschen 2. Klasse."

75 Prozent stimmten eher oder vollständig zu.

19 Prozent widersprachen.

Auch repräsentative Untersuchungen zeigen einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Position und dieser Wahrnehmung.
Im Demokratie-Monitor 2022 stimmten 38 Prozent der Menschen im oberen ökonomischen Drittel der Aussage zu, von der Politik wie Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden.

Im unteren Einkommensdrittel waren es 73 Prozent. Diese Unterschiede können als Hinweis auf Klassismuserfahrungen verstanden werden. Gemeint sind Abwertungen und Benachteiligungen aufgrund der sozialen Position.

Sie können sich im Kontakt mit Institutionen zeigen, aber auch in politischen und medialen Debatten darüber, wer Unterstützung „verdient", wie über Armut gesprochen wird und welche Lebensrealitäten als politisch relevant wahrgenommen werden.



Für eine Demokratie ist diese Erfahrung problematisch.

Politische Gleichheit ist nicht nur eine rechtliche Frage. Sie setzt auch voraus, dass Menschen sich als gleichwertiger Teil der politischen Gemeinschaft wahrnehmen können.

Diese Perspektiven treffen schließlich auch auf pessimistische Zukunftsaussichten. Nur 28 Prozent der armutsbetroffenen Befragten glaubten, dass sich ihre Lebenssituation in den kommenden fünf Jahren verbessern werde. 39 Prozent erwarteten eine Verschlechterung.

Soziale und politische Teilhabe zusammendenken

Insgesamt ergibt sich damit kein Bild politischer Gleichgültigkeit. Die Befragten halten politische Entscheidungen für relevant und ein beträchtlicher Anteil glaubt grundsätzlich an die Möglichkeit politischer Einflussnahme.

Gleichzeitig sehen viele die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten als ungleich verteilt, beurteilen die Funktionsfähigkeit des politischen Systems kritisch und erleben ihre eigene soziale Gruppe als politisch abgewertet.

Aus Sicht der Volkshilfe können Armutsbekämpfung und Demokratiestärkung deshalb nicht getrennt voneinander gedacht werden.

Wer in einer prekären Lebenslage lebt, verfügt häufig über weniger Zeit, finanzielle Mittel und Sicherheit für politische Beteiligung.

Maßnahmen gegen Armut – etwa eine Kindergrundsicherung, leistbares Wohnen oder eine verlässliche soziale Infrastruktur – erweitern deshalb auch gesellschaftliche Handlungsspielräume.

Daneben braucht es politische Beteiligungsformen, die unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigen. Informationen müssen verständlich, barrierearm und mehrsprachig zugänglich sein.

Beteiligungsprozesse dürfen nicht voraussetzen, dass Menschen ohnehin schon wissen, wie politische Institutionen funktionieren, ausreichend Zeit zur Verfügung haben oder sich in etablierten politischen Räumen sicher bewegen.

Auch der Zugang zur Staatsbürger*innenschaft ist eine demokratiepolitische Frage. In der Volkshilfe-Befragung waren 38 Prozent bei der Nationalratswahl 2019 nicht wahlberechtigt.

Menschen können über viele Jahre in Österreich leben, arbeiten, Steuern zahlen und von politischen Entscheidungen betroffen sein, ohne auf Bundesebene wählen zu dürfen.

Ein wichtiger erster Schritt, um den Anteil der Nicht-Wahlberechtigten zu senken, ist es, die finanziellen und bürokratischen Hürden beim Zugang zur Staatsbürger*innenschaft dramatisch zu vereinfachen bzw. abzuschaffen – für Menschen, die schon lange in Österreich leben, aber auch für Kinder, die in Österreich geboren werden.

Nicht zuletzt braucht demokratische Beteiligung öffentliche und zivilgesellschaftliche Räume: Bibliotheken, Jugendzentren, Volkshochschulen, Nachbarschaftszentren, Vereine und soziale Organisationen. Dort können Menschen Interessen formulieren, Erfahrungen austauschen und Beteiligung praktisch erproben.

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen: Soziale Ungleichheit beeinflusst nicht nur, wie Menschen leben. Sie beeinflusst auch, welche Möglichkeiten sie haben, Gesellschaft und Politik mitzugestalten.

Zur Autorin: Hanna Lichtenberger ist Leiterin des Bereichs Forschung und Sozialpolitik der Volkshilfe Österreich.

Ganzer Beitrag & Quellenangaben:

www.volkshilfe.at/news/armut-gefaehrdet-demokratie/



© istockphoto.com/Johnce

Lernen darf nicht am Geld scheitern

Bildung ist der Weg aus der Armut. Doch gerade armutsgefährdete Kinder und Jugendliche erleben große Hürden auf ihrem Bildungsweg. Sie können bei der Projektwoche nicht mitfahren oder bekommen nicht die Unterstützung, die sie in der Schule dringend brauchen. Was für viele selbstverständlich ist, können sich armutsgefährdete Familien oft nicht leisten. Kinder müssen dann auf Möglichkeiten verzichten, die für ihre Bildung, ihre Entwicklung und ihre Zukunft wichtig wären. Sie erleben früh, was Ausgrenzung heißt und dass Chancen oft vom Geld der Eltern abhängen.

Genau hier setzt der Fonds **Lernen.Möglich. Machen** der Volkshilfe an. Er übernimmt Bildungsausgaben, wenn diese nicht anderweitig finanziert werden können. Unterstützt werden etwa Unterrichtsmaterialien, schulbezogene Veranstaltungen, Nachhilfe und Betreuung, technische Ausstattung, Fahrtkosten sowie Musik-, Sprach- oder andere außerschulische Kurse.

Wenn aus Interesse eine Chance wird

Die Tochter einer alleinerziehenden Mutter begeistert sich für Technik und möchte später einmal in diesem Bereich arbeiten. Besonders interessierte sie sich für einen Programmierkurs, doch für die Familie waren die Kosten nicht leistbar.
Der Fonds machte die Teilnahme möglich. Für das Mädchen bedeutete das mehr als einen Kurs: Sie konnte ausprobieren, was in ihr steckt, und ihrem Berufswunsch einen Schritt näherkommen.

Solche Chancen ermöglicht **Lernen.Möglich. Machen** vielen Kindern und Jugendlichen.

Im letzten Jahr konnten 391 Kinder und Jugendliche über den Fonds wirksam unterstützt werden. Auch 2026 geht die Hilfe weiter. Denn Bildungschancen dürfen keine Frage des Einkommens sein.

Alle Infos unter:
www.volkshilfe.at/projekt/lernen-moeglich-machen/

Mit freundlicher Unterstützung von

Bank Austria
Member of UniCredit



Keine Toastbrot-zeiten mehr

Was eine Kindergrundsicherung im Alltag verändert und warum Österreichs Kinder jetzt eine verlässliche Lösung brauchen

Ein Kühlschrank, der auch am Ende des Monats etwas bereithält. Ein passendes Paar Schuhe, ein eigener Schreibtisch oder ein Nachmittag im Schwimmbad mit Freund*innen. Was für viele nach Bestandteilen einer Kindheit klingt, ist für viele Kinder in Österreich nicht selbst-verständlich.

Die Kindergrundsicherung soll dafür sorgen, dass die grundlegenden Möglichkeiten eines guten Aufwachsens nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Kinderarmut betrifft das ganze Leben

Obwohl die Kinderrechtskonvention seit 1992 in Österreich gilt, ist Kinderarmut Realität für viele Kinder – und steht der Einhaltung ihrer Rechte diametral entgegen. Armut bedeutet nicht nur, dass am Monatsende wenig Geld übrig ist oder man jeden Euro dreimal umdrehen muss.

Armut beeinflusst alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen: ihre Gesundheit, ihre soziale Teilhabe, ihre materielle Absicherung und ihre Bildungswege.

Armutsgefährdete Familien wohnen häufiger in überbelegten, lauten oder feuchten Wohnungen. Kinder erleben, dass Lebensmittel knapp werden, notwendige Kleidung fehlt oder Ausflüge und Freizeitaktivitäten nicht bezahlt werden können. Sie spüren auch die Ängste und Sorgen ihrer Eltern.

Manche Kinder fühlen sich sogar mitverantwortlich für die finanzielle Lage der Familie und äußern deshalb weniger Wünsche. Sie wissen schon früh, dass der Musikkurs, der Sportverein oder die Projektwoche zu viel kosten könnten.

Österreich hat sich im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder vorgenommen, die Kinderarmut bis 2030 zu halbieren. Das Zwischenziel für 2025 wurde jedoch deutlich verfehlt. 395.000 Kinder galten 2025 als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, 48.000 von ihnen waren erheblich materiell und sozial benachteiligt.

Das heißt: Ihnen fehlen mehrere Dinge, die in Österreich zum gesellschaftlichen Mindeststandard gehören. Dazu gehört es, Rechnungen fristgerecht bezahlen zu können, die Wohnung angemessen warm zu halten, ein zweites Paar Schuhe oder die Möglichkeit, unerwartete Zahlungen stemmen zu können.

Kinderarmut belastet nicht nur die betroffenen Familien. Sie verursacht auch hohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgekosten – etwa durch belastete Gesundheit, kürzere Bildungswege, geringere Einkommen und höhere Arbeitslosigkeit im späteren Leben. Die OECD beziffert diese Kosten für Österreich mit 3,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Umgerechnet auf 2025 waren das rund 18,5 Milliarden Euro.

Je mehr Zeit die Politik verstreichen lässt, bis sie wirkungsvolle Maßnahmen setzt, desto mehr Geld fließt in die Folgen, die Kinderarmut hinterlässt.

Kindergrundsicherung

Was finanzielle Sicherheit verändern kann

Die Volkshilfe hat schon vor vielen Jahren ein Konzept entwickelt, mit dem die Politik wirksam und nachhaltig gegen Kinderarmut vorgehen kann: die Kindergrundsicherung. Die Idee ist schnell erklärt: Eine Kindergrundsicherung ist eine in den gut ausgebauten Sozialstaat eingebettete, einkommensabhängige Familienbeihilfe.

Im nächsten Schritt wollte die Volkshilfe wissen, was so eine Kindergrundsicherung im Leben von Kindern und ihren Familien tatsächlich verändern kann. Deshalb wurde der geldbezogene Teil des ersten Volkshilfe-Modells zwei Jahre lang an neun Familien, eine pro Bundesland, ausbezahlt.
Je nach Einkommen erhielten sie bis zu 625 Euro pro Kind und Monat.
Das Projekt wurde mit Spendengeldern finanziert und wissenschaftlich begleitet.

Die Familien wurden regelmäßig befragt; insgesamt flossen 78 Gespräche in die Auswertung ein. Auch die Kinder selbst kamen zu Wort, freiwillig und mit Methoden, die zu ihrem Alter passten.

Der Forschungsansatz der Volkshilfe ist, dass armutsbetroffene Menschen unabhängig vom Alter Expert*innen ihrer eigenen Lebenslage sind. Die Studie war klein und qualitativ angelegt. Sie kann daher nicht beweisen, dass jede Familie, die die Kindergrundsicherung bezieht, dieselben Veränderungen erleben würde. Sie zeigt aber sehr anschaulich, welche Wirkungen verlässliche finanzielle Absicherung entfalten kann.

Kaum noch Mangel am Monatsende

Am unmittelbarsten zeigte sich die Veränderung bei Lebensmitteln und Kleidung. Familien berichteten, dass Ernährungsarmut und Mangelernährung, besonders am Ende des Monats, zurückgingen. Es konnte frischer und ausgewogener gekocht werden. Ein Jugendlicher erzählte begeistert, er sei im Zuge der neuen Kochroutinen ein „übelster Knoblauch-Fan" geworden. Geburtstage, die zuvor oft nicht leistbar waren, konnten wieder gefeiert werden. Passende, wettergerechte Kleidung und ein zweites Paar Schuhe wurden in vielen der Familien möglich.



Auch die Wohnsituation veränderte sich teilweise. Wo der Erhalt der Wohnung unsicher war, konnten Wohnkosten abgesichert werden. Andere Familien schafften Betten in der richtigen Größe, einen Schreibtisch oder kleine Rückzugsorte an. Poster, Lichterketten oder eine Abtrennung zwischen Geschwistern wirken auf den ersten Blick vielleicht nebensächlich. Für Kinder bedeuten sie aber: Hier ist mein Platz. Hier kann ich lernen, mich zurückziehen und einfach ich selbst sein.

Ein Kind erzählt:

„Mein Zimmer wurde zum Zufluchtsort. Und auch irgendwie ein Ort, wo ich hundert Prozent ich sein konnte. Und ich konnte auch einfach in meinem Zimmer tanzen."

Dazugehören – ohne ständig rechnen zu müssen

Das Mehr an Geld führte in vielen Familien zu einer spürbaren Entspannung. Eltern und Kinder berichteten von weniger Konflikten und weniger Stress. Gemeinsame Ausflüge, ein Picknick oder ein Schwimmbadbesuch wurden möglich. Kinder konnten Hobbys ausprobieren, ihre Stärken kennenlernen und neue Interessen entwickeln. Manche erhielten Jausen- oder Taschengeld.

Das stärkte ihren Handlungsspielraum, etwa wenn sie in einer Freistunde gemeinsam mit anderen etwas essen gehen wollten.

Soziale Teilhabe besteht oft aus kleinen Alltagssituationen. Eine Jugendliche beschrieb, dass sie nun mit Freundinnen schwimmen gehen konnte, andere erzählten, dass sie Besuch bekamen oder Kleidung in bestimmten Geschäften kaufen konnten. Für Jugendliche geht es dabei um Zugehörigkeit, Selbstvertrauen und darum, nicht immer als jene Person aufzufallen, die sich etwas nicht leisten kann.

Lernen, Gesundheit und Wohlbefinden

Das zweite Projektjahr fiel in die Corona-Pandemie. Die zusätzlichen Mittel halfen Familien, Tablets oder Laptops anzuschaffen und Bereiche in der Wohnung einzurichten, in denen Online-Unterricht möglich war. Einige Schulen stellten Leihgeräte bereit, doch längst nicht überall reichte die Unterstützung aus.

Gerade in dieser Zeit zeigte sich besonders deutlich, wie stark Bildung auf Voraussetzungen zu Hause baut.

Viele Kinder beschrieben am Ende des Projekts auch ein besseres Wohlbefinden. Sie fühlten sich selbstbewusster, mutiger oder fröhlicher. Ein Jugendlicher erzählte, dass er weniger gestresst war, weil er sah, dass sein Vater weniger Sorgen hatte. Armut wirkt eben nicht nur über fehlende Dinge.

Sie wirkt auch über den dauernden Druck in der Familie, über die Frage, ob das Geld bis zum Monatsende reicht und welche Rechnung noch warten muss.

Bezahlte Anzeige



Mit Bildung wendet sich das Blatt zum Guten.
Aber nicht ohne unsere Unterstützung.

Bildung, Kunst, Kultur und soziales Engagement machen unsere Welt um vieles reicher. Die Zuwendung durch Unterstützer ermöglicht die Verwirklichung und Fortführung zahlreicher gesellschaftlicher Anliegen und trägt zur Vielfalt des Lebens bei. Die Erhaltung gesellschaftlicher Werte hat bei uns eine lange Tradition – eine Tradition, die sich auch in der Förderung zahlreicher Projekte der Volkshilfe – insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut – widerspiegelt.

wst-versicherungsverein.at

WIENER STÄDTISCHE
VERSICHERUNGSVEREIN

Geld allein löst dennoch nicht jedes Problem. Erkrankungen, Gewalterfahrungen oder Traumata verschwinden nicht durch eine höhere Familienleistung. Manche Familien brauchen zusätzlich Beratung, Therapie oder Unterstützung durch Soziale Arbeit. Auch reichte die im Projekt ausbezahlte Summe nicht in jedem Fall, um alle Mängel zu beseitigen. Gerade deshalb wurde das Modell weiterentwickelt: **Eine wirksame Kindergrundsicherung braucht verlässliche Geldleistungen und gute öffentliche Infrastruktur.**

Das Volkshilfe-Modell: drei Säulen für ein gutes Aufwachsen

Aus den Erfahrungen des Forschungsprojekts und weiteren Untersuchungen hat die Volkshilfe 2024 gemeinsam mit Expert*innen von Arbeiterkammer und ÖGB ein Drei-Säulen-Modell entwickelt. Der Grundgedanke ist einfach: Familien brauchen genügend Geld für Entscheidungen im Alltag. Gleichzeitig müssen zentrale Angebote für alle Kinder gut, erreichbar und kostenlos oder leistbar sein.

Säule 1: Gute Infrastruktur für alle Kinder

Ein Rechtsanspruch auf kostenfreie Bildung ab dem ersten Geburtstag, ein kostenloses warmes Mittagessen, zugängliche Ferien- und Freizeitangebote sowie eine flächen- und bedarfsdeckende medizinische und therapeutische Versorgung sollen die Kinderkosten für alle Familien senken. Solche Angebote unterstützen Kinder direkt und erleichtern Eltern, insbesondere Müttern, die immer noch viel mehr unbezahlte Sorgearbeit leisten als Väter, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit. Entscheidend sind hohe Qualität, ausreichende Plätze und eine armutssensible Arbeitsweise der Professionist*innen.

Säule 2: Universale Geldleistung für alle Familien

Österreich und seine neun Bundesländer haben heute eine Vielzahl von Geldleistungen, die Familien erhalten können. Der Bezug ist nicht immer automatisch möglich und zum Teil an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Mit der Kindergrundsicherung sollen bestehende Familienleistungen gebündelt und einfacher zugänglich werden. Dazu gehören Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Familienbonus Plus. Der Familienbonus soll allen Familien in voller Höhe zugutekommen, auch jenen, die wegen eines geringen oder fehlenden steuerpflichtigen Einkommens bisher nicht vollständig profitieren. Weiters schlagen wir vor, die Altersstaffelung in der Familienbeihilfe anzupassen, wenn Kinder tatsächlich mehr kosten, etwa beim Übergang in die Sekundarstufe und nach dem neunten Pflichtschuljahr.

Säule 3: Mehr Unterstützung bei geringem Einkommen

Familien, deren verfügbares Einkommen unter einem für ihre Haushaltsgröße berechneten Referenzbudget liegt, sollen eine zusätzliche Leistung erhalten. Diese stockt das Einkommen bis zu diesem Referenzbudget auf, begrenzt durch einen Höchstbetrag pro Kind. Die Kinder werden damit aus der Sozialhilfe herausgelöst. Ihr eigener Anspruch auf soziale Absicherung wird sichtbar, und die Unterstützung soll einfacher sowie weniger schambesetzt zugänglich sein.

Die drei Säulen erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Infrastruktur kann ein kostenloses Mittagessen, einen Betreuungsplatz oder eine Therapie bereitstellen. Sie kann aber nicht das zu kleine Kinderzimmer vergrößern, die Winterjacke bezahlen oder ermöglichen, dass ein Kind spontan mit Freund*innen ins Kino geht. Geldleistungen schaffen dort Handlungsspielraum, wo standardisierte Angebote an ihre Grenzen kommen. Erst zusammen entsteht eine Absicherung, die der Vielfalt von Familienleben gerecht wird.


© istockphoto.com/Liderina

Was kostet die Kindergrundsicherung?

Nach aktuellen Simulationsrechnungen wären für das gesamte Volkshilfe-Modell, also alle drei Säulen, zusätzliche Investitionen von rund 4,5 Milliarden Euro nötig. Davon entfallen etwa 2,9 Milliarden Euro auf den Ausbau von Bildung, Betreuung, Verpflegung sowie medizinischer und therapeutischer Versorgung. Expert*innen der Arbeiterkammer berechneten auch die Verteilungswirkung dieses Modells der Kindergrundsicherung. Ihr Urteil:

> Die Geldleistungen der Säulen II und III könnten die Armutsgefährdung von Kindern mehr als halbieren.

Diese Ausgaben erfüllen weit über die Kindergrundsicherung hinaus wichtige bildungs- und gesundheitspolitische Aufgaben. Für die Ausweitung und bessere Verteilung der Geldleistungen werden rund 1,6 Milliarden Euro veranschlagt.

Insgesamt entsprechen die zusätzlichen Investitionen etwa 2,8 Prozent aller Sozialausgaben in Österreich. Neben einer sozial gerechten Gegenfinanzierung ist auch wichtig zu beachten, dass ein großer Teil der Leistungen an einkommensarme Haushalte direkt in den Konsum und damit teilweise über die Mehrwertsteuer wieder in den Staatshaushalt zurückfließt.

Während die Einhaltung von Kinderrechten für die Zukunft Österreichs von unbezahlbarer Bedeutung ist, darf eine weitere Seite der Rechnung nicht fehlen: Kinderarmut kostet Österreich Jahr für Jahr ein Vielfaches, wie bereits gezeigt wurde. Mehr als 18 Milliarden Euro entstehen durch Gesundheitskosten, Sozialtransfers, geringere Einkommen und fehlende Steuereinnahmen. Kinderarmutsbekämpfung ist damit langfristig auch günstiger als die spätere Bekämpfung der Folgen.

Zwei Fragen, die immer wieder gestellt werden

Ein häufiger Einwand gegen die Kindergrundsicherung lautet, dass Eltern, insbesondere Mütter, wegen einer Kindergrundsicherung ihre Arbeitszeit reduzieren könnten, da durch ein geringeres Einkommen eine höhere Geldleistung möglich ist. Die Studienlage dazu ist jedoch nicht eindeutig.

Bestehende Familienleistungen beeinflussen Erwerbsentscheidungen schon heute; ob die Kindergrundsicherung diesen Effekt wesentlich verstärken würde, lässt sich nicht seriös behaupten. Vor allem greift der Einwand zu kurz, wenn er nur auf Geldleistungen schaut.

Die erste Säule des Volkshilfe-Modells enthält gerade jene Angebote, die Erwerbsarbeit häufig überhaupt erst ermöglichen: verlässliche Kinderbildung und -betreuung, Nachmittagsangebote, ein kostenloses Mittagessen und gut erreichbare Ferienbetreuung. Davon profitieren besonders Alleinerziehende und Familien, in denen Sorgearbeit ungleich verteilt ist.

Langfristig kommt ein weiterer Effekt hinzu: Wenn Kinder gesünder aufwachsen, stabilere Bildungswege haben und später häufiger erwerbstätig sind, stärkt das nicht nur sie selbst, sondern auch Wirtschaft und öffentliche Haushalte.

Warum bekommen alle etwas und manche mehr?

Eine universale Leistung macht sichtbar, dass jedes Kind einen eigenen Anspruch auf Absicherung hat. Sie ist einfach, verlässlich und erreicht Familien, die komplizierte Anträge scheuen oder gar nicht wissen, welche Unterstützung ihnen zusteht. Das ist wichtig, weil Sozialleistungen gerade von vielen Menschen oft nicht in Anspruch genommen werden, die sie dringend brauchen.

Universale Leistungen vermeiden außerdem harte Grenzen, an denen ein geringfügig höheres Einkommen plötzlich zum Verlust der gesamten Unterstützung führt.

Gleichzeitig sind die Lebenslagen ungleich. Deshalb erhalten Familien mit geringem Einkommen in der dritten Säule zusätzlich mehr. So verbindet das Modell einen gemeinsamen Anspruch für alle Kinder mit gezielter Umverteilung.

Simulationsrechnungen zeigen, dass alle drei Säulen progressiv wirken. Relativ zum Einkommen profitieren also jene Haushalte am stärksten, die am wenigsten haben. Niemand wird schlechter gestellt, aber die Unterstützung wird dort verstärkt, wo sie Kinderarmut tatsächlich verhindern kann.

Es braucht politischen Willen, eine gesicherte Finanzierung und den Mut, Kinderarmut nicht bloß zu lindern, sondern nachhaltig zu beseitigen. Dann können wir als Gesellschaft Toastbrotzeiten bei Kindern in die Geschichtsbücher schicken.

Jetzt kommt es auf die Ausgestaltung an

Die Kindergrundsicherung ist inzwischen im breiten politischen Diskurs angekommen. SPÖ, Grüne und KPÖ führten sie in ihren Wahlprogrammen; auch das Regierungsprogramm von ÖVP, SPÖ und NEOS kündigt eine Kindergrundsicherung aus Infrastruktur- und Geldleistung an.

Stand August 2026 ist öffentlich jedoch weiterhin unklar, wie umfassend die angekündigte Lösung ausfallen und wann sie vollständig umgesetzt werden soll.

Einzelne Schritte, etwa der neue Unterstützungsfonds für Alleinerziehende, die keine Unterhaltszahlungen erhalten, sind wichtig, ersetzen aber keine echte Kindergrundsicherung für alle Kinder.

Entscheidend ist, dass aus dem politischen Begriff ein wirksames Instrument wird. Kostenlose Angebote können Familien langfristig entlasten. Kurz- und mittelfristig braucht es aber auch ausreichend hohe Geldleistungen, damit sich die Armutssituation unmittelbar verbessert.

Die Erfahrungen aus Deutschland mahnen zur Vorsicht: Wird ein ambitioniertes Konzept im politischen Streit immer weiter verkleinert, bleibt am Ende womöglich eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen trägt, aber Kinderarmut kaum reduziert.

Dabei ist die gesellschaftliche Unterstützung groß. Im Volkshilfe-Sozialbarometer stuften neun von zehn Befragten das Ziel, Kinderarmut bis 2030 zu halbieren, als sehr wichtig ein. Scheitern wird dieses Vorhaben also nicht an der Bevölkerung. Es braucht politischen Willen, eine gesicherte Finanzierung und den Mut, Kinderarmut nicht bloß zu lindern, sondern nachhaltig zu beseitigen. Dann können wir als Gesellschaft Toastbrotzeiten bei Kindern in die Geschichtsbücher schicken.

Zu den Autor*innen: Hanna Lichtenberger leitet den Bereich Forschung und Sozialpolitik der Volkshilfe Österreich. Jeremias Staudinger ist dort als Experte für Sozialpolitik tätig.

Ganzer Beitrag & Quellenangaben

www.volkshilfe.at/magazin/quellen/kindergrundsicherung



© istockphoto.com/kali9

Gesundheit darf kein Luxus sein

Eine Brille, eine notwendige Therapie oder eine Zahnbehandlung können für die Entwicklung eines Kindes entscheidend sein. Doch nicht alle Leistungen werden vollständig übernommen. Gerade für Familien mit wenig Einkommen können Selbstbehalte und zusätzliche Kosten schnell zu einer finanziellen Hürde werden.

Armutsbetroffene Kinder sind häufiger von gesundheitlichen Problemen betroffen. Fehlt gleichzeitig das Geld für Therapien, Heilbehelfe oder Bewegungsangebote, bleibt die notwendige Unterstützung aus. Der Volkshilfe Fonds **Kinder. Gesundheit.Sichern** hilft, solche Versorgungslücken zu schließen.

Es werden unter anderem Kosten für Therapien, Heilbehelfe und Medikamente, Zahn- und Kieferbehandlungen, Impfungen sowie Sport- und Bewegungsangebote übernommen. Denn die gesundheitliche Versorgung und Entwicklung eines Kindes darf nicht davon abhängen, wie viel Geld seiner Familie zur Verfügung steht.

Wenn Unterstützung Entwicklung möglich macht

Eine alleinerziehende Mutter wandte sich wegen ihres vierjährigen Sohnes im Autismus-Spektrum an die Volkshilfe. Ergo- und Logotherapie waren für seine Entwicklung besonders wichtig. Die regelmäßigen Therapiekosten konnte die Familie jedoch nicht alleine tragen.

Kinder.Gesundheit.Sichern übernahm über mehrere Monate einen Teil der Kosten. Einige Zeit später berichtete die Mutter von deutlichen Fortschritten: Ihr Sohn begann zu sprechen und stärker mit ihr zu interagieren.

Für die Familie bedeutete die Unterstützung nicht nur finanzielle Entlastung, sondern vor allem die Chance, ihrem Sohn jene Förderung zu ermöglichen, die er brauchte.

Im letzten Jahr konnten 329 Kinder und Jugendliche über den Fonds wirksam unterstützt werden. Auch 2026 geht die Hilfe weiter. Denn Gesundheit darf kein Luxus sein.

Alle Infos unter:
www.volkshilfe.at/projekt/kindergesundheit-sichern/

Mit freundlicher Unterstützung von

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNGSVEREIN



© stock.adobe.com/pressmaster

Wohnen ist kein Privileg, sondern ein Menschenrecht

Ein sicheres Zuhause ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Soziales Wohnen hat in Wien eine lange Tradition und ist seit jeher ein wichtiger Teil der Arbeit der Volkshilfe Wien.

Heute reicht ihr Angebot von der Unterstützung obdach- und wohnungsloser Menschen über Housing First und neue Wohnformen für Frauen und Kinder bis zur Prävention von Wohnungsverlust.

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Eine eigene Wohnung bedeutet Sicherheit, Privatsphäre und Stabilität. Gerade in Zeiten steigender Mieten und Lebenshaltungskosten geraten jedoch immer mehr Menschen unter Druck. Jobverlust, Krankheit, Trennung oder Gewalt können dazu führen, dass die eigene Wohnung plötzlich nicht mehr selbstverständlich ist.

Die Volkshilfe Wien setzt deshalb in unterschiedlichen Lebenssituationen an: bei akuter Wohnungslosigkeit, auf dem Weg in die eigene Wohnung und bevor Menschen ihr Zuhause verlieren. Der gemeinsame Grundsatz: **Wohnen ist kein Privileg, sondern ein Menschenrecht.**

Nordlicht – ein Anker nördlich der Donau



Das Tageszentrum und Notquartier **Nordlicht** im 22. Bezirk ist Wiens erste Unterkunft für obdach- und wohnungslose Menschen nördlich der Donau. Das Tageszentrum ist ganzjährig geöffnet, im Rahmen des Wiener Winterpakets wird das Angebot um ein Notquartier erweitert.

Hier finden obdach- und wohnungslose Menschen einen sicheren Platz, eine Mahlzeit, eine Dusche und bei Bedarf Beratung. Im Winter bietet das Haus 100 Schlafplätze, im Sommer dient es als Tageszentrum und Rückzugsort.

Alle Infos unter:
www.volkshilfe-wien.at/angebote-services/wohnungslosenhilfe-neue-wohnformen/nordlicht

„Niemand beschließt, obdachlos zu werden. Hinter jedem Schicksal stehen Verluste, Krisen, Brüche und das Recht auf einen Neuanfang."

Tanja Wehsely,
Geschäftsführerin
Volkshilfe Wien

Mobil betreutes Wohnen – zuerst die eigene Wohnung



MoBeWo – Mobil betreutes Wohnen folgt dem Prinzip Housing First: Menschen erhalten möglichst rasch eine eigene Wohnung und werden gleichzeitig sozialarbeiterisch begleitet.

Die Wohnung steht dabei nicht am Ende eines langen Hilfsprozesses, sondern am Anfang. Erst ein sicheres Zuhause schafft oft jene Stabilität, die notwendig ist, um weitere Probleme zu lösen und das eigene Leben wieder selbstständig zu gestalten.

Mit Erfolg: Über 90 Prozent der ehemaligen Klient*innen leben auch drei Jahre nach Ende der Betreuung dauerhaft in ihrer eigenen Wohnung. Der MoBeWo-Standort in der Laxenburger Straße befindet sich beim Zürcher-Hof, einem Gemeindebau aus der Zwischenkriegszeit mit 222 Wohnungen.

Alle Infos unter:
www.volkshilfe-wien.at/angebote-services/wohnungslosenhilfe-neue-wohnformen/mobil-betreutes-wohnen



ROTER RATHAUS KLUB

MODERNISIERUNG DER WIENER WOHNUNGSVERGABE

WOHNUNGSVERGABE NEU

FAIR, TRANSPARENT & TREFFSICHER – FÜR EIN LEISTBARES ZUHAUSE

Wien stellt die Wohnungsvergabe auf neue Beine – mit **klaren Kriterien** und einem **transparenten Bonuspunktesystem**, das die unterschiedlichen Lebenssituationen der Wohnungssuchenden berücksichtigt. Damit schaffen wir **noch mehr Fairness für die Wiener*innen**.

Das neue Vergabesystem berücksichtigt Menschen mit besonders hohem Wohnbedarf stärker. Dazu gehören zum Beispiel Familien mit wenig Wohnraum, Alleinerzieher*innen, Menschen mit hohen Wohnkosten oder Menschen nach einer Trennung. Auch Ausbildung, der Einzug in die erste eigene Wohnung, Gesundheit, Pflege und barrierefreies Wohnen spielen eine wichtige Rolle.

Das neue Vergabesystem im Überblick:

- ein gemeinsames Wiener Wohn-Ticket für Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen
- ein transparentes Punktesystem, das Pflegebedarf, Trennung, Ausbildung und weitere Lebenslagen berücksichtigt
- besonderer Schutz für Alleinerziehende sowie für Betroffene von häuslicher Gewalt

Jetzt registrieren unter www.wohnberatung-wien.at



Josef Taucher
SPÖ-Klubvorsitzender, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat

„**Leistbares Wohnen** ist das **Fundament eines guten Lebens** und sozialdemokratischer Politik. Während andere Städte ihren Wohnbau dem Markt überlassen haben, übernimmt das Rote Wien seit Jahrzehnten **Verantwortung für die Menschen** und sorgt für leistbare Mieten."

„Das weltbekannte Wiener Wohnbaumodell entwickelt sich ständig weiter: Mit der **Wohnungsvergabe NEU** schaffen wir einen modernen Zugang **für ein leistbares Zuhause** und berücksichtigen die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen in unserer Stadt noch besser."



Elke Hanel-Torsch
Amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

DER WIENER WEG: LEISTBARES WOHNEN

🏠 **60 % der Wiener*innen wohnen gefördert**
Gemeindebau und geförderte Wohnungen sichern ein Zuhause zu leistbaren Konditionen

💶 **Leistbarer Wohnraum für die Wiener*innen**
mit rund 220.000 Gemeindewohnungen und etwa 200.000 geförderten Wohnungen

🌳 **610 Hektar Grün und 68.000 Bäume**
gepflegt von Wiener Wohnen zum Verweilen im Grünen – das entspricht 854 Fußballfeldern

🛝 **1.300 Spielplätze in den Wohnhausanlagen**
mehr als dreimal so viele wie in sieben anderen Landeshauptstädten gemeinsam

@RATHAUSKLUB

Bezahlte Anzeige

Medieninhaber: SPÖ Rathausklub, Rathaus, Stiege 7, 2. Stock, Top 420, 1082 Wien
Fotos: © Stadt Wien David Bohmann | © SPÖ Rathausklub, Minitta Kandlbauer

hafen* – Sicherheit für Frauen und Kinder

Das jüngste Projekt der Volkshilfe Wien ist der **hafen*** in der Heiligenstädter Straße im 19. Bezirk. Das sozial-ökologische Wohnhaus wurde exklusiv für Frauen gebaut. Leistbarer und moderner Wohnraum, gekoppelt mit professioneller Sozialarbeit, bietet den Bewohnerinnen und ihren Kindern genug Raum und Zeit, die Segel zu setzen und sichere, neue Ufer anzusteuern.

Viele haben ihr Zuhause durch Gewalt, Armut, Scheidung oder Obdachlosigkeit verloren und auf dem privaten Wohnungsmarkt kaum Chancen. Im hafen* erhalten sie leistbare All-inclusive-Mieten, sozialarbeiterische Begleitung und vor allem eines: einen eigenen Mietvertrag.

„Unser hafen* bietet Sicherheit und Unterstützung auf dem Weg in ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben."

Tanja Wehsely, Geschäftsführerin Volkshilfe Wien

Alle Infos unter:
www.volkshilfe-wien.at/angebote-services/wohnungslosenhilfe-neue-wohnformen/frauen-hafen



Wo das Leben lebt.

Finden Sie Miet- & Eigentums-wohnungen auf arwag.at

ARWAG



Wer sich in seinem Lebensraum wohlfühlt, kann auch das Leben in vollen Zügen genießen. Deshalb bietet die ARWAG Wohnungen in attraktiven Wiener Lagen mit großzügigen, grünen Freiflächen und ausgebauter Infrastruktur zu leistbaren Preisen.

Bezahlte Anzeige

bwsg



Bezahlte Anzeige

ENNSTAL

Bauen.
Wohnen.
Vertrauen.

Ein Unternehmen der wohnbaugruppe.at

Bezahlte Anzeige

GRÜNER KLUB
IM OÖ. LANDTAG



Bezahlte Anzeige | politische Werbung


CONCORDIA
BALL
SEIT 1863
WIENER RATHAUS
Stadt Wien
PRESSECLUB CONCORDIA
CONCORDIABALL.AT

Journalismus und Demokratie lassen sich nicht voneinander trennen

„Journalismus verfolgt das Ziel, Menschen unabhängig zu informieren."



Vertrauen in die Medien schwindet, soziale Netzwerke verändern die öffentliche Debatte und Redaktionen geraten wirtschaftlich unter Druck. Presseclub-Concordia-Generalsekretärin Daniela Kraus erklärt, warum Qualitätsjournalismus gerade jetzt unverzichtbar ist und was sich ändern muss, damit er eine Zukunft hat.

Was zeichnet Qualitätsjournalismus aus?

Qualitätsjournalismus folgt professionellen Standards. Informationen müssen überprüft, faktisch korrekt und ausgewogen sein. Nicht umsonst gilt der Grundsatz „Check, Recheck, Double Check". Zum journalistischen Handwerk gehören außerdem medienrechtliche und medienethische Standards. Ein zentraler Grundsatz lautet: Journalismus und Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden.

Warum braucht Demokratie unabhängigen Journalismus?

Das Grundprinzip des Journalismus besteht darin, Menschen unabhängig zu informieren. Unabhängig bedeutet, im Interesse des Publikums zu arbeiten. Ziel ist es, Menschen so zu informieren, dass sie fundierte Entscheidungen treffen können, bei Wahlen ebenso wie im Alltag. Das unterscheidet Journalismus von anderen Formen der Kommunikation. Parteien, Unternehmen oder Organisationen können selbstverständlich eigene Medien betreiben. Das ist legitim. Sie vertreten jedoch eigene Interessen. Journalismus verfolgt dagegen das Ziel, dem Publikum möglichst unabhängige, überprüfte und ausgewogene Informationen als Grundlage für eigene Entscheidungen bereitzustellen.

Immer mehr Menschen informieren sich über soziale Medien. Welche Auswirkungen hat das auf den Journalismus und auf die Demokratie?

Zunächst muss man unterscheiden, was mit „Information über soziale Medien" gemeint ist. Mein Feed sieht anders aus als Ihrer. Und Ihrer wiederum anders als der Ihrer Kinder. Entscheidend ist deshalb nicht das Medium, sondern der Inhalt. Die algorithmische Logik der Plattformen sorgt allerdings dafür, dass emotionalisierende und sensationelle Inhalte besonders viel Aufmerksamkeit erhalten. Gleichzeitig wird es schwieriger zu erkennen, wer hinter einer Information steht und welche Interessen damit verbunden sind. Dass Qualitätsjournalismus auch auf Social Media funktionieren kann, zeigt zum Beispiel die ZIB.

„Entscheidend ist nicht das Medium, sondern der Inhalt."

Wenn professionelle Nachrichten und populistische Inhalte heute oft ähnlich aufbereitet sind, woran erkennen Leser*innen seriösen Journalismus?

Ein guter erster Hinweis ist, skeptisch zu werden, wenn Inhalte vor allem auf starke Emotionen oder Empörung setzen. Außerdem lohnt sich ein Blick auf die Marke. Wem gehört das Medium? Wie arbeitet die Redaktion? Bekennt sie sich zum Ehrenkodex des Österreichischen Presserats? Arbeiten dort Journalist*innen oder anonyme Accounts? Seriöser Journalismus macht transparent, wie er arbeitet, und hält sich an professionelle Standards.

Die Bundesregierung hat neue Medienförderungen angekündigt. Sind das die richtigen Schritte?

Ich halte den eingeschlagenen Weg grundsätzlich für sinnvoll. Die Zustellförderung sichert den Zugang zu Qualitätsjournalismus, auch außerhalb der Ballungsräume. Die Transformationsförderung unterstützt Medien beim digitalen Wandel, und die Medienkompetenzförderung soll helfen, besonders junge Menschen mit journalistischen Inhalten zu erreichen. Diese drei Bereiche ergänzen einander sinnvoll. Allerdings: Die angekündigte große Reform steht noch aus.

Warum ist der Berufseinstieg für junge Journalist*innen heute schwieriger geworden?

Der Arbeitsmarkt ist derzeit extrem schwierig, weil praktisch alle Medienunternehmen Personal abbauen. Gleichzeitig sollen immer weniger Journalistinnen und Journalisten dieselbe Menge an Inhalten produzieren. Das ist auf Dauer nicht möglich. Wir verlieren journalistische Infrastruktur und das ist demokratiepolitisch problematisch. Hinzu kommt, dass der Journalismus immer stärker akademisiert wurde. Das bringt zwar mehr Fachwissen, erschwert aber auch den Zugang. Man muss es sich leisten können, Journalistin oder Journalist zu werden. Praktika und freie Mitarbeit sind oft schlecht bezahlt. Dadurch nimmt die soziale Vielfalt in den Redaktionen ab und mit ihr unterschiedliche Perspektiven auf unsere Gesellschaft.

Was müssen junge Journalist*innen heute mitbringen, um in diesem Beruf erfolgreich zu sein?

Die Grundlagen haben sich nicht verändert: Journalistinnen und Journalisten müssen recherchieren, Informationen einordnen und verständlich vermitteln können. Gleichzeitig sind neue Anforderungen hinzugekommen. Inhalte müssen heute oft für digitale Formate und soziale Medien aufbereitet werden. Neben dem klassischen journalistischen Handwerk spielt deshalb auch die Fähigkeit eine wichtige Rolle, Menschen über unterschiedliche Kanäle zu erreichen.

Welche Rolle können NGOs und Sozialorganisationen dabei spielen, damit soziale Themen in den Medien sichtbar bleiben?

NGOs sollten den direkten Austausch mit Journalistinnen und Journalisten noch stärker suchen, nicht nur mit Presseaussendungen, sondern indem sie Hintergründe vermitteln und Verständnis für soziale Themen schaffen. Gleichzeitig wäre es wichtig, mehr Menschen aus nicht-akademischen oder sozial benachteiligten Familien den Weg in den Journalismus zu erleichtern. Mehr soziale Vielfalt in den Redaktionen führt auch zu einer vielfältigeren Berichterstattung und macht unterschiedliche Lebensrealitäten sichtbarer.

Wie stellen Sie sich den Journalismus der Zukunft vor?

Mein Ideal ist unabhängig vom jeweiligen Medium. Es braucht genügend Journalistinnen und Journalisten, die Zeit haben, gründlich zu recherchieren und Themen einzuordnen. Gleichzeitig braucht es Menschen, die diese Inhalte so aufbereiten, dass sie ihr Publikum erreichen, ob im Fernsehen, im Radio, in Print oder auf Social Media.

„Mehr Vielfalt stärkt den Journalismus."

Was muss sich ändern, damit Qualitätsjournalismus langfristig bestehen kann?

Vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen sich verbessern. Die großen Internetkonzerne müssen wirksam reguliert werden und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Gleichzeitig fließen Werbegelder, mit denen früher Journalismus finanziert wurde, heute in großem Ausmaß an internationale Plattformen. Deshalb müssen wir darüber sprechen, wie Qualitätsjournalismus langfristig finanziert werden kann.

„Ich bin Zweckoptimistin."

Bleiben Sie angesichts von Desinformation, künstlicher Intelligenz und wirtschaftlichem Druck auf die Medien optimistisch?

Ich bin Zweckoptimistin. Alles andere hätte keinen Sinn. Wir befinden uns mitten in einer tiefgreifenden Veränderung, die sich wahrscheinlich noch beschleunigen wird. Den Mut zu verlieren, ist trotzdem keine Option. Gleichzeitig wird heute intensiver über Medien, Demokratie und den öffentlichen Diskurs gesprochen als noch vor zwanzig Jahren. Das Bewusstsein dafür ist gewachsen. Ich glaube, vielen Menschen wird wieder stärker bewusst, wie wertvoll Demokratie ist. Das stimmt mich optimistisch.

Alle Infos unter:
www.concordia.at

www.fsggoed.at
fsg.goed

Ihr verdient
Respekt.



Die **Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst** halten Österreich 365 Tage im Jahr am Laufen. Sie verdienen Respekt und Anerkennung für ihre Leistungen.

FSG

Bezahlte Anzeige



LOPIC REHA-TECHNIK

Ihr Partner für behindertengerechten Fahrzeugumbau

LOPIC GmbH
Mitterstraße 132
8054 Seiersberg-Pirka

+43(0)316/291610 www.lopic.at

Bezahlte Anzeige



Bezahlte Anzeige

ISOSPORT

Isosport Verbundbauteile GmbH
Industriestraße 2-8 | A-7000 Eisenstadt
www.isosport.com

Bezahlte Anzeige

BERUF UND BEHINDERUNG
MÜSSEN KEIN WIDERSPRUCH SEIN.

Das AMS bietet Angebote, die speziell auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sind.

ams.at/su/arbeitssuche
Tel. +43 50 904 140

AMS Arbeitsmarktservice Burgenland

Bezahlte Anzeige

Bezahlte Anzeige

volkshilfe.



© Boris Radivojkov

2025

JAHRESBERICHT



VOLKSHILFE IM ÜBERBLICK

Die Volkshilfe setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 1947 für eine gerechte und solidarische Welt ein. Wir geben benachteiligten Menschen eine Stimme, unterstützen in Notlagen und kämpfen für Chancengleichheit. Das tun wir sowohl durch konkrete Hilfe als auch durch anwaltschaftliche Ermächtigung.

Heute gehören wir zu den größten Sozialhilfe-organisationen in Österreich. Das Herz der Volkshilfe sind ihre rund 26.000 haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen und Mitglieder.

Wir sind überzeugt, dass eine Gesellschaft möglich ist, in der jeder Mensch dieselben Chancen und jedes Kind eine gute Zukunft hat.



© Valerie Maltseva

DIE VOLKSHILFE ÖSTERREICH AUF EINEN BLICK

Die Volkshilfe ist mit ihren Landesorganisationen in jedem Bundesland mit vielfältigen sozialen Angeboten und Dienstleistungen vertreten. Über die Bezirksvereine und Sozialhilfestellen erhalten Menschen in Notlagen direkte Hilfe.

Die Volkshilfe Österreich ist der Dachverband und die Kommunikationsdrehscheibe der Volkshilfe. Sie organisiert Kampagnen zur Armutsbekämpfung in Österreich, vertritt überregional die politische Wertehaltung der Volkshilfe und engagiert sich für benachteiligte Menschen.

Über den Verein Volkshilfe Solidarität organisiert die Volkshilfe das Spendenwesen, Kampagnen und Projekte in Österreich, die Katastrophenhilfe im In- und Ausland und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit.



INTERNATIONALE PROJEKTE DER VOLKSHILFE

Im Zentrum unserer internationalen Arbeit stehen soziale Gerechtigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe und die Stärkung von benachteiligten Menschen.

Gemeinsam mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen leisten wir bei akuten Krisen oder Katastrophen **humanitäre Hilfe** unter Einhaltung internationaler Qualitätsstandards.

In der **Entwicklungszusammenarbeit** arbeiten wir daran, Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung und den allgemeinen Lebensbedingungen nachhaltig abzubauen.



Einmal pro Jahr legt die Volkshilfe ihre eingesetzten Mittel für Hilfsleistungen offen. Mit 6,7 Millionen Euro an Spenden konnten 2025 armutsgefährdete Menschen im Inland und Hilfsprojekte im Ausland unterstützt werden. Das Jahr war von Teuerungen und wachsenden internationalen Konflikten geprägt.

Kampf gegen Kinderarmut an erster Stelle

Die großen Herausforderungen mit gestiegenen Lebenshaltungskosten, verteuerten Mieten oder horrenden Energiekosten hielten auch 2025 an. Die zunehmenden internationalen Konflikte haben die Unsicherheit zusätzlich erhöht. Armutsgefährdete Familien und Kinder waren auch im vergangenen Jahr stark belastet.

Kinderarmut in Österreich zu bekämpfen, stellte daher auch 2025 den größten Arbeitsschwerpunkt der Volkshilfe dar. Unterstützt wurden die Kinder und Jugendlichen vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Aber auch Kleinkinder unter sechs Jahren wurden besonders gefördert.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Arbeit der Volkshilfe ist das Thema Pflege: Mit der Demenzhilfe greift unsere Organisation armutsgefährdeten Menschen unter die Arme, die an Demenz erkrankt sind, und unterstützt gleichzeitig pflegende Angehörige bei Kosten für Betreuung und Therapien.

Internationale Hilfe bei Krisen und Katastrophen

Der Schwerpunkt unserer internationalen Arbeit lag im Vorjahr einmal mehr bei unseren europäischen Nachbar*innen in der Ukraine. Zur humanitären Arbeit vor Ort zählten 2025 beispielsweise Notpakete gegen den harten Winter, die Instandsetzung von Pflegeinfrastruktur und medizinischer Versorgung, sowie Unterstützung bei der landwirtschaftlichen Selbstversorgung.

Weiters leisteten die Partnerorganisationen, mit denen die Volkshilfe im Rahmen der internationalen Hilfe zusammenarbeitet, psychosoziale Unterstützung und Begleitung bei der Jobsuche von ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen.

Diese Hilfe im In- und Ausland wäre ohne Ihre Unterstützung nicht möglich gewesen. Die Spenden an die Volkshilfe bedeuten für viele Menschen mehr als nur Hilfe – sie bedeuten positive Veränderung in einem Alltag, der von Krisen, Katastrophen, Unsicherheit und Benachteiligungen geprägt ist.



© Christopher Glanzl

„Im Zentrum unserer internationalen Arbeit steht die Stärkung von benachteiligten Menschen. Der Schwerpunkt lag bei unseren europäischen Nachbar*innen in der Ukraine, die unter dem anhaltenden Krieg und seinen tiefgreifenden Folgen leiden."

Erich Fenninger
Direktor der Volkshilfe

Mehr als jedes 5. Kind in Österreich ist von Armut betroffen. Tendenz steigend.

Das wirkt sich physisch sowie psychisch negativ auf die Entwicklung der Kinder aus und schmälert maßgeblich ihre Zukunftschancen.
Wir setzen uns seit Jahren mittels Forschung und aktiver Hilfe dafür ein, dass jedes Kind gleiche Chancen auf ein gelingendes Leben hat.
Die langfristige Unterstützung von Kindern steht dabei im Mittelpunkt. Ihre Spenden ermöglichen z.B. Nachhilfe und Förderunterricht, medizinische Behandlungen, die von den Kassen nicht übernommen werden oder die Teilnahme an Schul- und Freizeitaktivitäten.

KOSTBAR

Kindern eine Zukunft schenken



© LanaStock/istockphoto.com



KINDERARMUT

Armut ist nicht immer sichtbar. 1,7 Millionen Menschen in Österreich sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

Besonders oft trifft es Frauen im Alter oder Alleinerziehende. Betroffene können im Winter ihre Wohnung nicht heizen, stehen aufgrund von Mietrückständen vor der Wohnungslosigkeit, können zum Monatsende nicht mehr ausreichend Lebensmittel besorgen oder eine nötige medizinische Behandlung nicht bezahlen. In all diesen Fällen hilft die Volkshilfe rasch und unbürokratisch.

MENSCHLICHKEIT

Armut und Not lindern



© Daniel Balakov/istockphoto.com



ARMUT

Aus dem Demenzhilfe Fonds unterstützt die Volkshilfe erkrankte Menschen und deren Angehörige bei den Kosten für Pflegehilfsmittel, Medikamente oder bei der Betreuung in Tageszentren.

Damit die Betroffenen und ihre Familien die gemeinsame Zeit in liebevoller Wertschätzung füreinander verbringen können, weil ein gutes Leben trotz Demenz möglich ist. Finanziert wird der Fonds Demenzhilfe Österreich aus privaten Spenden und Stiftungsgeldern.

TROTZ DEMENZ
würdevoll leben



© art serbia/istockphoto.com


DEMENZ

Die Volkshilfe setzt sich seit 1951 international für eine solidarische Welt ein. Im Zentrum unserer internationalen Arbeit stehen soziale Gerechtigkeit, Hilfe zur Selbsthilfe und die Stärkung von benachteiligten Menschen.

Gemeinsam mit professionellen Partner*innen leisten wir bei akuten Krisen und Katastrophen rasche Hilfe. In der Entwicklungszusammenarbeit bauen wir Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung und den allgemeinen Lebensbedingungen nachhaltig ab. Im Rahmen dieser internationalen Kooperationen haben wir zahlreiche Projekte und Programme in etlichen Ländern umgesetzt.

Außerdem ist die Volkshilfe Kooperationspartnerin der Stiftung Nachbar in Not. In der Entwicklungszusammenarbeit orientieren wir uns an den Sustainable Development Goals der UN, besonders der Eliminierung von Armut, der Schaffung besserer Arbeitsbedingungen, einer guten Gesundheitsversorgung und Bildung für alle sowie der Reduktion von Ungleichheiten.

GERECHTERE WELT
vor Ort helfen



© Boris Radivojkov



INTERNATIONAL

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine leistet die Volkshilfe Humanitäre Hilfe. Gemeinsam mit unseren Partner-organisationen konnten wir den betroffenen Menschen durch eine Vielzahl an Projekten helfen, unter anderem mit:

- **Reparaturen** von Schulen, Kindergärten, Häusern und Wohnungen
- Aufbau von **Flüchtlings-unterkünften**
- **psychologischer Betreuung** und Beratung
- Versorgung mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln, Medikamenten, Heizmaterial und Generatoren
- Unterstützung für Jugendliche bei der **Arbeitsmarktintegration**
- **Winternothilfe** und medizinischer Grundversorgung
- **Wiederaufbau von Landwirt-schaft** und Erwerbsgrundlagen für ländliche Gemeinden
- Verbesserung der **Pflege-infrastruktur und Schutz-maßnahmen für vulnerable Gruppen**

RÜCKHALT

Perspektive ermöglichen



© Volkshilfe Projektpartner



UKRAINE HILFE

DIE VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Rechtlich ist die Volkshilfe Österreich ein im Vereinsregister eingetragener Bundesverband von Vereinen (Volkshilfe-Landesorganisationen).

Die Verwirklichung der Vereinsziele und Aufgaben erfolgt im Sinne von Solidarität und Mildtätigkeit ohne Rücksicht auf die ethnische, geschlechtliche oder konfessionelle Zugehörigkeit. Die Tätigkeit der Volkshilfe ist nicht gewinnorientiert.

Als Organe des Bundesverbandes fungieren: die Bundeskonferenz, der Bundesvorstand, der/die Präsident*in, die Bundesgeschäftsführung, die Rechnungsprüfung und das Schiedsgericht. Gemäß der Satzung findet alle vier Jahre die vorgeschriebene Bundeskonferenz statt.

DIE VOLKSHILFE SOLIDARITÄT

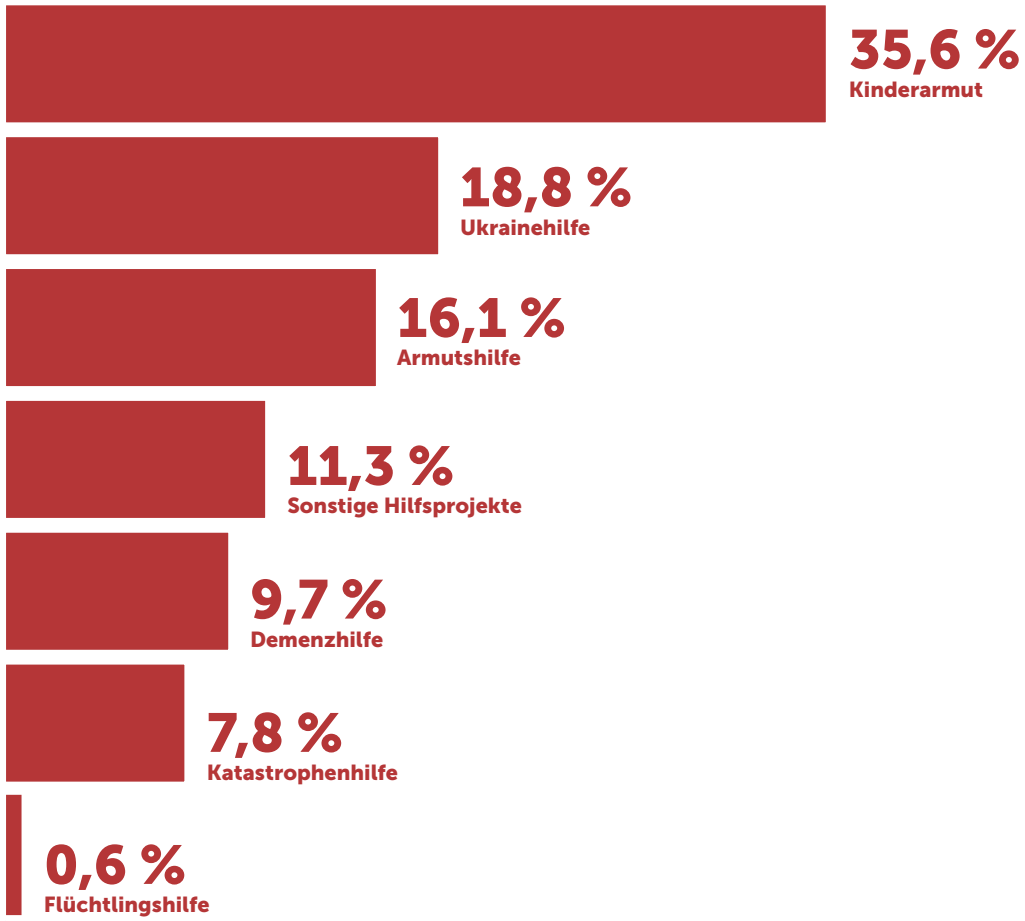
Die Volkshilfe Solidarität ist ein im Vereinsregister eingetragener gemeinnütziger Spendenverein (ZVR-Zahl 767780029).

Als Organe des Vereins fungieren: Bundesgeschäftsführung, der/die Präsident*in, Generalversammlung, Vorstand, Rechnungsprüfer und Schiedsgericht. Gemäß Satzung findet alle vier Jahre eine vorgeschriebene Generalversammlung statt. Die Volkshilfe Solidarität ist Trägerin des Österreichischen Spendengütesiegels. Spenden an den Verein sind steuerlich absetzbar.

Schwerpunkt der Leistungen für die statutarisch festgelegten Zwecke stellen unsere Hilfsprojekte dar.

Im Jahr 2025 verteilten sich die eingesetzten Mittel wie folgt:

MITTELVERWENDUNG FÜR HILFSLEISTUNGEN DER VOLKSHILFE



WEITERE LEISTUNGEN FÜR STATUTARISCH FESTGELEGTE ZWECKE UMFASSEN KAMPAGNEN-, BILDUNGS- UND INFORMATIONSARBEIT.

MITTELHERKUNFT			9.902.874,25	100,00 %
I.		Spenden	6.687.882,85	67,5 %
	a.	ungewidmete Spenden	2.627.508,83	39,3 %
	b.	gewidmete Spenden	3.164.716,30	47,3 %
	c.	Testamentsspenden	895.657,72	13,4 %
II.		Mitgliedsbeiträge	0,00	0,0 %
III.		Betriebliche Einnahmen	2.657.605,35	26,8 %
	a.	betriebliche Einnahmen aus öffentlichen Mitteln	1.838.412,93	69,2 %
	b.	sonstige betriebliche Einnahmen	819.192,42	30,8 %
IV.		Subventionen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0,00	0,0 %
V.		Sonstige Einnahmen	62.581,33	0,6 %
	a.	Vermögensverwaltung	23.081,33	36,9 %
	b.	sonstige andere Einnahmen, sofern nicht unter Punkt I. bis IV. enthalten	39.500,00	63,1 %
VI.		Auflösung von Passivposten für noch nicht widmungsgemäß verwendete Spenden bzw. Subventionen	494.804,72	5,0 %
VII.		Auflösung von Rücklagen	0,00	0,0 %
VIII.		Jahresverlust	0,00	0,0 %

MITTELVERWENDUNG		-9.902.874,25	100,00 %
I.	Leistungen für die statutarisch festgelegten Zwecke	-6.445.792,25	65,1 %
II.	Spendenwerbung	-1.417.173,25	14,3 %
III.	Verwaltungsaufwand	-701.653,97	7,1 %
IV.	Sonstige Ausgaben, sofern nicht unter Punkt I bis III enthalten	0,00	0,0 %
V.	Zuführung zu Passivposten für noch nicht widmungsgemäß verwendete Spenden bzw. Subventionen	-1.338.254,36	13,5 %
VI.	Zuführungen zu Rücklagen	-0,00	0,0 %
VII.	Jahresüberschuss	0,00	0,0 %

Für die Spendenverwendung verantwortlich:
Mag. (FH) Erich Fenninger

Verantwortlich für Spendenwerbung Fundraising:
Mag.ª Andrea Friedl, Bereichsleitung Fundraising Privatspender*innen

Claudia Brogyanyi BA, Bereichsleitung Unternehmensfundraising & Entwicklung

ALLES UNTER KONTROLLE!

Im Zentrum unseres Tuns steht die Hilfe für benachteiligte Menschen. Dabei sind uns Transparenz und finanzielle Kontrolle wichtig. Deshalb unterzieht die Volkshilfe ihre Finanzgebarung einer dreifachen externen Kontrolle:

Durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfung, durch die Kammer der Wirtschaftstreuhänder (für das Österreichische Spendengütesiegel) und durch das Finanzamt (für die steuerliche Absetzbarkeit Ihrer Beiträge).

DER SCHUTZ IHRER DATEN IST UNS SEHR WICHTIG.

In unserem Datenschutzhinweis auf der Website www.volkshilfe.at/datenschutzerklaerung/ informieren wir Sie darüber, welche Ihrer Daten wir in welcher Form verarbeiten.

ÖSTERREICHISCHES SPENDEN GÜTESIEGEL Reg.Nr. 05382 WWW.OSGS.AT

IHRE SPENDE IST FA-Reg.Nr. STEUERLICH S01401 ABSETZBAR!

DER VORSTAND DER VOLKSHILFE ÖSTERREICH UND DER VOLKSHILFE SOLIDARITÄT

(Stand 31.12.2025)

- **Präsident:**
  Prof. Ewald SACHER
- **Bundesgeschäftsführer:**
  Direktor Mag. (FH) Erich FENNINGER
- **Finanzreferent:**
  Mag. Erich HOLNSTEINER
- **Vizepräsident*innen:**
  Barbara GROSS
  Dr. Michael SCHODERMAYR
  Ewald WIEDENBAUER
  Dr. Michael HÄUPL
- **Rechnungsprüfung:**
  Heinz GITTENBERGER
  Manfred KERSCHBAUMER
  Horst PAMMER
- **Weitere Mitglieder des Bundesvorstandes:**
  Verena DUNST
  Mag. (FH) Walter HINTERHÖLZL
  NR.a.D. Rudolf PARNIGONI
  Siegfried PICHLER
  RA Mag. Dr. Anton SCHÄFER LL.M.



Bezahlte Anzeige

Bezahlte Anzeige



Bezahlte Anzeige



Österreichische Post AG / P.b.b, MZ 23Z043881 M
Erscheinungsort, Verlagspostamt 4800 Attnang-Puchheim
Titel: Volkshilfe - Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

Bezahlte Anzeige

Wir beraten Sie gerne über
HILFSMITTEL, ALLTAGSHILFEN
und vieles mehr!
02253/81060

hobi



www.hobi.at
office@hobi.at
HOBI GmbH
Gewerbepark B17/II Straße 1/2
2524 Teesdorf

Bezahlte Anzeige

BEGLEITUNG IST VERTRAUENS-SACHE.

Seit 120 Jahren begleitet die Grazer Bestattung Menschen in ihren schwersten Stunden. Respektvoll, verlässlich und professionell.

0316 887-2800
grazerbestattung.at



Alle Infos zur Grazer Bestattung

GRAZ BESTATTUNG

achtzigzehn | iStock © Rob Blackburn | Bezahlte Anzeige

